

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 24. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein ober-schlesischer Kravall.

Laurahütte, 22. Juni 1903. (Fig. Ver.)

Die gewaltthätige Centrumspolitik in Oberschlesien kann endlich einen Triumph aufweisen. Das was die brutale Politik der Centrumsgeistlichen erstrebt — ist endlich eingetroffen. Der ganze Wahlkampf ist seitens des Centrums mit einer rücksichtslosen Brutalität geführt worden. Die Versammlungen wurden unter stärkster Polizeibewachung abgehalten. Jeder Protestierende wurde sofort von Gendarmen notiert und an die Luft befördert. Die Geistlichen der Religion der „christlichen Nächstenliebe“ eröffneten fast jede Versammlung mit einem energischen dreimaligen Hinweis auf den Hausfriedensbruch-Paragrafen des deutschen Strafgesetzbuches. Das Volk war empört über die Thatsache, daß nur Centrums-Versammlungen abgehalten werden konnten, in denen man über die radikalpolitischen und socialistischen Gegner in ungläubiger Weise herzog — ohne jemals auch die kürzeste Antwort zuzulassen — während es den beiden oppositionellen Parteien unmöglich gemacht wurde, während des ganzen Wahlkampfes auch nur eine Versammlung abzuhalten. Die Centrumsgeistlichen-Versammlungen fanden Sonntag für Sonntag selbst in den entgegengesetzten Dörfern statt. Die Empörung wuchs. Die Befohlenen streifte waren von vornherein der Ueberzeugung, daß es die Absicht der Centrums-Geistlichen war, durch ihre Brutalität Unruhen und Kravalle hervorzurufen, um dann das Militär und Gerichtsapparat zur Hilfe gegen die vorwärtsstrebenden und stets am Boden gewinnenden Radikalsparten und Socialdemokraten zu erhalten, um die Opposition gegen das Centrum im Blut zu erstickten.

Was später kam, bestätigte nur diese Auffassung! Es waren die allwöchentlichen politischen Predigten gegen Radikalsparten und Socialdemokraten in fast allen ober-schlesischen Kirchen, es war endlich das unerhörte Hirtenschreiben des Centrums-Kardinals Ropp. Die Empörung des Volkes hatte aber keine Grenzen, als man die Brutalitäten der Centrumsleute am Wahltag selbst sah. In den Kreisen Kattowicz-Jabrze und Gleiwitz-Zablnitz ist in dieser Beziehung Unglaubliches geleistet worden. Die Centrumsgeistlichen rissen den Wählern die polnischen und socialdemokratischen Stimmzettel gewaltthätig aus der Hand. Vor den Lokalen richteten sie Schlepptische ein, welche von den unkundigen Wählern als Wahlbureau angeesehen wurden. An diesen „Tischen“ wurden zahlreiche Nicht-Centrumswähler um ihre Stimmen betrogen. Man sagte ihnen, sie seien nicht eingetragen und mußten sich entfernen. An anderen Orten wurden amtliche Convents mit Centrums-Stimmzetteln ausgegeben. An anderen wieder haben hervorragende Centrums-Agitatoren — Lehrer, Rectoren — die Schulkinder aufgefordert, die socialdemokratischen Zettelvertheiler mit Steinen zu bewerfen, was auch geschah. Solche Beispiele ließen sich in duzendfache vermehren. Die Empörung des Volkes konnte nun keine Grenzen mehr.

Trotzdem wagten es die Centrums-Geistlichen, für vergangenen Sonntag wieder einige ihrer „Versammlungen“ zu veranstalten.

In Laurahütte, einer Hüttenarbeiterstadt, sollte sie am Abend um 8 Uhr im Ludwigschen Saal stattfinden. Eine tausendköpfige Arbeitermenge fand sich ein. Der örtliche Geistliche, welcher die Versammlung eröffnete, wurde, mit stürmischen Rufen empfangen: „Fort mit Euch!“ „In die Kirche mit Euch!“ „Nieder mit dem Centrum!“ „Hoch Korsant!“ (Der nationalpolnische Kandidat, der bei der Stichwahl gegen das Centrum von der Socialdemokratie unterstützt wird.) Der Geistliche forderte alle Nicht-Centrumsleute auf, den Saal zu verlassen. Alle beantworteten die Aufforderung mit noch stürmischeren Zurufen. Sofort griff die Polizei ein. Aus der Menge wurden einzelne notiert, die Leute sollten hinausgebrängt werden. Dann wurde das Licht ausgelöscht. Die Menge ging hinaus. Draußen blieb sie ruhig und wollte nicht auseinandergehen. Die Gendarmen griffen nun sofort zur blanken Waffe, die Feuerwehrlente zu ihren Beilen. Unarmherzig wurde auf die Menge eingegangen, welche bis dahin — nach den Berichten aller Augenzeugen — nichts Gewaltthätiges unternommen hatte. Die Menge eröffnete nun ein Steinbombardement gegen die Angreifer. Dann kam eine Feuerwehrlente und richtet den Strahl auf die Menge. In wenigen Augenblicken waren die Schläuche zertrümmert. Die Menge ging dann — aufgeregt durch das Vorgehen der Beamten — auf die Barre los, zerstückelt dort die Fenster; dann nach dem Hüttenasthaus. Schließlich zog die Menge vor das Verwaltungsgebäude der Laurahütte unter dem Rufe: „Hoch Korsant!“ Die Gendarmen und Polizisten zogen geladene Revolver und drohten: „Es passiert bald ein Unglück!“ Um 11 Uhr traf Genosse Georg Haase von der „Gazeta Robotnicza“ an Kattowicz an dem Kravallort ein und hielt einen Ruf aus an die Menge, um sie zu bewegen, auseinanderzugehen. Ein Teil der Arbeiter erklärte sich dazu bereit, ein anderer forderte dagegen, die Gendarmen mögen die geladenen Revolver einzeln, dann würde man auseinandergehen. Eine Anzahl junger Burschen schloß weiter. Haase ging an die Beamten heran, erklärt ihnen in dringlichsten Worten die Sachlage und forderte sie auf, die Revolver zu verstopfen. Die Menge würde dann ohne weiteres auseinandergehen. Die Antwort war: „Auseinander! Auseinander!“ Die Revolver blieben gegen die Menge gerichtet, die Aufregung ward immer größer. Wieder wurden Schellen zertrümmert. Dann trachten einige blinde Schiffe, dann ein anderer... Die Menge lachte und entsetzt auf... Eine Leiche lag auf dem Kampfplatze, das Gehirn des Unglücklichen war durch die Kugel herausgedrängt. Der Schuß war nicht etwa gegen einen ausgesuchten oder bedrohenden Mann abgegeben, sondern mitten in die Menge hinein. Das blinde Los sollte entscheiden, wer als Leiche da bleiben soll. Die Muthat war geschehen...

Dann kamen herrliche Gendarmen dazu. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, zahlreiche Arbeiter aufnotiert. Schließlich kam Militär aus Guben. Um 12, 12 1/2 Uhr nachts herrschte Totenstille in der Stadt. Ueberall Helme, Spigen.

Die Verantwortung für das vergossene Blut fällt ausschließlich auf die brutalen und gewaltthätigen Centrumsgeistlichen. Sie haben die Menge stets zur Untoleranz gegen Andersdenkende, zu Gewaltthätigkeit gegen politische Gegner, speciell gegen die Socialdemokratie erzo-gen. Sie haben das Volk durch ihre brutale Agitation in maßloser Weise erbittert und aufgereizt. Sie haben es stets zu verhindern getrachtet, daß sich keine starke Arbeiterorganisation gebildet hat, welche erzieherisch wirkt. Sie haben dem ober-schlesischen Volke die Versammlungs- und die Wortfreiheit geraubt. Sie haben das Volk am 16. Juni vergewaltigt und es gelehrt, brutal und gewaltthätig vorzugehen. Sie, die Centrumsgeistlichen, sind die Hauptschuldigen.

Ueber das Verhalten der Beamten wollen wir uns im Augenblick eines endgültigen Urteils enthalten. Nur das sei gesagt: Hätten die Beamten nicht unnötigerweise nach Sprengung der Versammlung mit blanker Waffe blutig eingeschlagen, hätten sie ihre Revolver eingezogen, als Haase ihnen den ganzen Ernst der Situation darlegte — es wäre anders gekommen. Weshalb hat man denn scharf in die Menge geschossen? Diese Frage muß beantwortet werden.

Vorausichtlich wird man die unglücklichen Arbeiter noch vor das Gericht schleppen.

Um den Familien des Getöteten, der Verhafteten und der Verletzten zu Hilfe zu kommen, um für eine wirksame spätere Verteidigung zu sorgen, um die Familien der Unglücklichen nicht inzwischen verkommen zu lassen — hat sich schon heute aus den Reihen der polnischen und deutschen Genossen des Kreises Kattowicz-Jabrze ein „Hilfskomitee für die Opfer der Laurahütter Unruhen“ gebildet, dessen Kassierer und Schriftführer der Genosse Franz Trabański, Schriftführer der „Central-Wahlkommission der deutschen und polnischen Socialdemokratie in Oberschlesien“ ist (Adresse: Kattowicz D./S., Holzstr. 19).

Das Komitee fordert die Genossen allerorts auf, eine Sammlung für die unglücklichen Opfer der Centrumsbrutalität zu beginnen.

Zur Stichwahl.

Am 25. Juni ist die Stichwahl. Dabei gelten dieselben Vorschriften wie bei der Hauptwahl. Die Wahlhandlung beginnt um 10 Uhr vormittags und wird um 7 Uhr abends geschlossen.

Niemand darf nach 7 Uhr abstimmen.

Jeder gehe so frühzeitig zur Wahl, wie irgend möglich, damit nicht gegen den Schluß der Andrang zu groß ist und so mancher Wähler um sein Wahlrecht gebracht wird.

Bei der Stichwahl gelten die gleichen Wählerlisten wie bei der Hauptwahl. Wer bei der Hauptwahl die Abstimmung ver-säumt hat, der erfülle um so eiliger seine Pflicht bei der Stichwahl, da es hier mehr wie je auf jede einzelne Stimme ankommt.

Arbeiter, die in Berlin arbeiten und in Nachbarkreisen wohnen, wo Stichwahl ist, werden deshalb ersucht, wenn sie es irgendwie ermöglichen können, zur Stichwahl nach Hause zu fahren und ihr Wahlrecht auszuüben.

Das gilt für die Kreise der Provinz Brandenburg: Kottbus, Guben-Lübben, Oberbarnim, Kalau-Ludau, Ruppiner-Templin, Landsberg-Solbin, Westprignitz, Osthavelland, Juch-Bezirk, Frankfurt a. O., Arnswalde-Friedeberg, wie auch für den pommer-schen Wahlkreis Uckermark-Neubrandenburg.

Reibe kein Arbeiter der Wahlurne fern. Der 25. Juni muß vollenden, was der 16. so herrlich begonnen hat!

Die endgültigen Ergebnisse der Hauptwahl.

Nachdem das B. Z. B. nimmere die Wahlergebnisse aus allen 307 Wahlkreisen nach der amtlichen Auszählung veröffentlicht hat, sind wir in der Lage, unserer gestrigen Aufstellung die darin noch fehlenden 17 Wahlkreise hierunter noch hinzuzufügen. Es ergibt sich daraus, daß 217 Wahlkreise im ersten Wahlgange erledigt sind, während 160 Kreise Stichwahl haben. (Der Wahlkreis Jaben (Elsch) ist gestern irrthümlich als Stichwahlkreis angegeben, während der Reichsparteiler gewählt ist.) Gewählt wurden 88 Centrum, 66 Socialdemokraten, 33 Konservative, 14 Polen, 6 Reichspartei, 6 Elässer, 6 Nationalliberale, 3 Bauernbund, 2 Wilde, 1 Antisemit, 1 Däne und 1 Christlichsocialer (Stöcker).

Von unseren im ersten Wahlgange eroberten Kreisen nahmen wir 5 den Liberalen, 4 den Konservativen, 2 den Antisemiten, 3 der Freisinnigen Vereinigung, 1 der Freisinnigen Volkspartei und 1 dem Centrum ab. Zwei bisher besessene Kreise, Sorau und Wernburg, verloren wir endgültig an die Nationalliberale. An 118 Stichwahlen sind wir beteiligt; darunter befinden sich 14 Kreise, die wir im vorigen Reichstage besaßen und von denen hatten wir 5 ohne Stichwahl erungen. Von den verbleibenden 104 Kreisen sind neue, an denen wir das vorige Mal nicht in Stichwahl waren: Guben-Lübben, Kalau-Ludau, Ruppiner-Templin, Landsberg-Solbin, Westprignitz, Arnswalde-Friedeberg. — Rempel, Tilsit, Elbing. — Uckermark-Neubrandenburg. — Landeshut-Jauer, Ohlau-Kamptz, Hirschberg-Schönau, Bunzlau, Zeuthen D./S. — Jerichow, Werseburg, Nordhausen, Liebenwerda-Torgau. — Schleswig-Edernförde. — Göttingen. — Witten-Lübbede, Herford-Halle, Herford, Bochum. — Mittel-Hofgeismar. — Duisburg, Essen, Mülheim-Bipperfürth. — Ansbach-Schwabach. — Bayreuth, Freyberg (Sachsen), Würzen-Ostsch., Vorna. — Wölblingen-Maulbronn, Reutlingen-Lüdingen, Ulm-Geislingen. — Mecklenburg-Strelitz. — 1. Oldenburg. — 2. Braunschweig. — Ripppe-Deilmold. —

Schaumburg-Lippe. — Straßburg Stadt, Nollhausen (Elsch) und Colmar (Elsch), zusammen also 45. Aus der Stichwahl verdrängt haben wir in unseren Stichwahlkreisen 6 Konservative, 5 Nationalliberale, 2 Centrum und 1 Littauer, ferner 9 Freisinnige Volkspartei, 4 Deutsche Volkspartei und 2 Freisinnige Vereinigung; darunter haben wir zugleich aus dem Besitz des Kreises verdrängt 1 Konservative, 1 Nationalliberale, 1 Littauer, 5 Freisinnige Volkspartei, 3 Deutsche Volkspartei und 2 Freisinnige Vereinigung, so daß wir durch erledigte und durch Stichwahlen zusammen aus dem Besitz verdrängt haben: 5 Konservative, 6 Liberale, 2 Antisemiten, 1 Centrum, 1 Littauer, 6 Freisinnige Volkspartei, 3 Deutsche Volkspartei und 4 Freisinnige Vereinigung.

Noch sei erwähnt, daß die Freisinnigen aller drei Gruppen an 22 Stichwahlen mit uns und an 18 Stichwahlen mit anderen Parteien beteiligt sind.

Es sind noch gewählt:

Konservative:
Dspignitz
Königsberg Am. St.
Halle-Krossen St. Freisinnige Vereinigung
Kreuzburg-Rosenberg

Nationalliberale:
Wernburg St. Socialdemokrat

Centrum:
Groß-Strehly-Kosel
Koselheim (Bayern)
Kronach St.
Hohenzollern
Delmenhorst
Beilenkirchen-Erkelenz

Polen:
Samter-Birnbaum
Wirzig-Schubin

In Stichwahl:
Deutsch-Krone . . . Centr. Rd.
Dels-Gr. Wartenberg Sp. Antif.
Schweinfurt . . . Centr. Rail.
Hersfeld-Hünfeld . Antif. Centr.
Colmar (Elsch) . . . El. Soc.

Letzte Wahl:
Vertreten durch
Rp. Stichw. mit Centr.
Rp. Stichw. mit Vbd.
Antif. Stichw. mit El.
El. Stichw. mit El.

Streifzüge durch das Wahlfeld.

Das Wahlergebnis.
Die Schluszziffern der am 16. Juni abgegebenen Wahlstimmen lassen sich immer noch nicht genau angeben, da die amtlichen Verteilungen unvollständig bleiben. Eine Uebersicht der Nordd. Wg. Ztg. wimmelt von Lücken, die durch Fragezeichen gekennzeichnet sind. In der gestrigen von uns berechneten Zahl der socialistischen Stimmen fehlen noch einige 50 Wahlkreise. Die „Wahlstatistische Korrespondenz“ rechnet 3 008 000 socialistische Stimmen heraus, die sich auf die einzelnen Provinzen und Bundesstaaten wie folgt verteilen:

(In Klammern die Ergebnisse der 98er Wahl in Tausenden):
Preußen 55 000 (46), Westpreußen 19 000 (11), Berlin 218 000 (155), Brandenburg 244 000 (162), Pommern 55 000 (39), Posen 7000 (5), Schlesien 174 000 (134), Provinz Sachsen 192 000 (148), Schleswig-Holstein 113 000 (82), Hannover 181 000 (98), Westfalen 140 000 (77), Hessen-Rhassau 93 000 (74), Rheinprovinz 208 000 (112), also Preußen 1 647 000 (1142), Bayern 212 000 (138), Sachsen 443 000 (299), Württemberg 100 000 (62), Baden 76 000 (50), Hessen 69 000 (46), Mecklenburg 56 000 (47), Oldenburg-Braunschweig-Anhalt 82 000 (61), sächsische Herzogtümer 81 000 (62), Fürstentümer 42 000 (34), Hansestädte 136 000 (111), Elsch-Lothringen 68 000 (52).

Die Socialdemokratie hat in Preußen 500 000 Stimmen oder über 41 Proz. gewonnen, im übrigen Deutschland 400 000 Stimmen oder 41 Proz., also in ganz Deutschland 900 000 Stimmen oder fast 43 Proz.

Die „National-Zeitung“ giebt noch folgende Zusammenstellungen: Für das Centrum, das diesmal stark mit Wahlkandidaturen arbeitete, sind 1 752 816 Stimmen abgegeben; diese Ziffer bedeutet gegenüber dem Resultat von 1898 eine Zunahme von ungefähr 300 000 Stimmen. Bei der nationalliberalen Partei ist die Feststellung infolgedessen schwieriger, als bei manchen (besonders Wahlkandidaten die engere Parteizugehörigkeit nicht genau feststeht. Die „Nat.-Ztg.“ rechnet als natürlich ebenfalls nur vorläufiges und verbesserungsbedürftiges Resultat 1 289 209 nationalliberale Stimmen. Dies würde gegen 1898 eine Zunahme von etwa 276 000 Stimmen bedeuten. Eingerechnet sind dabei die auf wild-nationalliberale Kandidaten entfallenen Stimmen, z. B. vom Wahlkreis Emden (Hannover) und Hamburg III (Warrel und Siebert).

Der Wahlkampf im Kreise Potsdam-Spandau-Osthavelland, so schreibt man uns von dort, nimmt das Interesse der breitesten Öffentlichkeit in höchsten Maße gefangen; kämpfen doch die Partei-Parteien um die Erhaltung ihres Bestandes mit einer Brutalität, die ihresgleichen sucht. Der Hauptkampf dreht sich nicht so sehr um Potsdam, die „zweite Reichshauptstadt“ Deutschlands, als um Spandau, die reinste Arbeiterstadt, welcher die militärischen Wasserbetriebe ihren Stempel aufdrücken. Spandau mit seinen ca. 10 000 Staatsarbeitern ist der Angelpunkt für unsre Gegner, und die allerbedenklichsten Mittel sind es denn auch, mit denen uns die Potsdamer bei den Staatsarbeitern zu verleumden und diese einzuschüchtern

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichte und Berathungs-Anzeigen 30 Pfg., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

krachten. Man fühlte eben im gegnerischen Lager gar zu deutlich, daß die Herrschaft der Protowucherer und Wahlrechtsfeinde unzulässig gebrochen ist, daß die Socialdemokratie jetzt auf dem Sprunge steht, diese Herrschaft im Kreise anzutreten. Darum die verzweifeltsten Kräfteanstrengungen, die Staatsarbeiter noch einmal für die Paulianer einzufangen, sie — vielleicht zum letztenmale — übers Ohr zu hauen. Hier nur ein Beispiel von den vielen:

Pauli, der „schlichte Mann aus der Berkstatt“, der wegen seiner verbissenen Nüchternheit in allen Arbeiterfragen hinlänglich bekannt ist und der noch bisher jedesmal alle ernsthaften Forderungen, die Jahr für Jahr von der Socialdemokratie für die Arbeiter in den „Musterwerkstätten“ erhoben worden sind, zu hinterzählen gewohnt hat, Herr Pauli hielt es mit Eintritt in den Wahlkampf für nötig, mit Pauken und Trompeten seine Arbeiterfreundlichkeit zu verkünden! Lange hielt sein Schauspieler Talent für diese Rolle jedoch nicht vor, auch traute er dem Frieden nicht so recht.

Er griff also zu einem andern Mittel. Im März d. J. hatte Pauli eine vertrauliche Besprechung mit einer Anzahl Arbeiter der Staatsbetriebe. Im Hinblick auf die damals bevorstehende Reichstagswahl erzählte er, der Kriegsminister trüge sich mit der Absicht, die Staatsbetriebe zu schließen oder von Spandau zu verlegen, wenn diesmal ein Socialdemokrat von Kreise in den Reichstag gewählt werden sollte. Der Abg. Rubell interpellierte im Reichstag den Kriegsminister über die Paulische Mär! Und der Kriegsminister? Er ließ durch seinen Kommissar, General v. Einem erklären, daß das alles der „heißte Unfuss“ sei, und natürlich gar nicht an etwas Derartiges gedacht werde; im Gegenteil, selbst im Falle der Wahl eines Socialdemokraten würde sich die Gees-Verwaltung bestreben, auch ferner in Frieden und Eintracht mit den Staatsarbeitern auszukommen! Herr Pauli war also von kompetentester Stelle aus Lügen gestraft worden. Nichtsdestoweniger hat er den Mut, auch jetzt noch mit dieser seiner Erfindung in Versammlungen und in Flugblättern hausieren zu gehen, und leider haben sich auch unheilvolle Arbeiter von diesem Wahlschwindel am 16. Juni beeinflussen lassen, denn sonst wäre die Abfrage an Pauli eine noch viel derbere gewesen als sie es wirklich war.

Aus dieser kleinen Stichprobe geht schon hervor, mit welchem Gegner wir es zu thun haben. Darum müssen um so mehr alle Kräfte angestrengt werden, damit Lüge und Niedertracht nicht morgen, am Tage der Stichwahl, aufs neue über die Socialdemokratie triumphieren.

Jeder Parteigenosse muß aufklären und agitatorisch auf die Staatsarbeiter einwirken, damit morgen Wahrheit und Recht siegt, damit trotz aller dunklen Mächte der 25. Juni 1903 trotz das siegreiche rote Banner über Potsdam-Spandau-Dithavelland aufsteigen läßt. Es bedarf nur noch einer geringen Kraftsteigerung, nur 1000 Stimmen mehr und der Sieg ist unser! Wir haben die Gewißheit, daß die Spandauer Arbeiter mit Stolz an ihre Aufgabe gehen werden, den Sieg unserm Kandidaten Dr. Karl Liebknecht zu sichern!

Auslieferungen an die Reaktion.

Die Meldungen mehrten sich, daß die lokalen Leitungen der Freisinnigen Volkspartei bei Stichwahlen zwischen Socialdemokraten und den Zollpartei entweder Stimmhaltung oder Eintreten gegen die Socialdemokratie proklamieren. Das bedeutet in vielen Fällen, daß ein Wahlkreis, der für die Linke zu retten gewesen wäre, der agrarischen Reaktion ausgeliefert wird.

So haben die Freisinnigen in Kalau-Ludau Stimmhaltung proklamiert. In Notibus-Spremburg soll ein Teil der Freisinnigen gegen Antrag für den Reichsparteiler eintreten wollen. In Spandau-Dithavelland wollen die Freisinnigen für den Konservativen stimmen, wie vor 5 Jahren. Die „Berliner Zeitung“ nennt das „plannmäßigen Selbstmord“. Sogar in Frankfurt a. O. ist ihnen der Scharfmacher Felisch lieber als der Socialdemokrat Braun.

Ganz toll aber ist das Verhalten der „Liberale“ in Freiburg (Sachsen). Dort kandidierte ein Sekretär des — Handelsvertragsvereins und dessen Wähler wollen sich nun für den — — — man sollte es nicht glauben! — 71/2% Marx-Föllner Vertel ins Zeug legen.

Was sagen zu allem die freisinnigen Gewerksvereine, daß „ihre“ Partei sich bemüht, eine Mehrheit nicht nur für Zollwucher, sondern auch für Buchhandlungsarbeiten zu stände zu bringen?

In Baden hat das Centrum offiziell Stimmhaltung proklamiert. Dagegen finden wir in der katholischen „Märkischen Volkszeitung“ folgende Briefkastennote:

H. N. Ratingen bei Düsseldorf. Die Nachricht, daß die Centrums-partei in Baden Stimmhaltung proklamiert habe für mehrere Wahlkreise, in welchen die „Genossen“ an der Stichwahl beteiligt sind, ist unrichtig. Wahrscheinlich werden auch dort die Centrums-wähler womöglich den Ausschlag geben zu Gunsten der in Frage kommenden Gegner der Socialdemokratie.

Die Reichstagswahlen in Baden.

Aus Mannheim wird uns vom 22. Juni geschrieben: Gleich den Ergebnissen in den übrigen Teilen des Reiches bedeutet auch in Baden der Ausfall der Reichstagswahlen einen glänzenden, alle unsere Erwartungen übertreffenden Fortschritt der Socialdemokratie. Wir hatten, wie vor kurzem an dieser Stelle ausgeführt, auf eine Gesamtstimmzahl von 65 000 im Lande gerechnet, die endgültige Zusammenstellung der Resultate zeigt jedoch, daß die Zahl der socialdemokratischen Wähler in Baden von 50 825 im Jahre 1898 auf rund 72 500 am verflohenen 16. Juni gestiegen ist. Das kommt einer Zunahme von etwa 43 Proz. gleich, während die entsprechende Ziffer für 1893/98 nur 35 Proz. betragen hatte. In den drei bisher socialistisch vertretenen Kreisen Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim belief sich unser Stimmengewinn auf 4800, 2350 bzw. 2850, in Mannheim fehlen Dreßbach nur etwa 750 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Er muß sich gleich seinen badischen Parteikandidaten Adolf Ged und Eichhorn nun in einem zweiten Gange mit den Nationalliberalen messen.

Hatte man diesen Aufschwung unserer Partei in den genannten drei industriellen Kreisen mit Bestimmtheit erwartet, so kamen die glänzenden Fortschritte in einer Reihe ländlicher Bezirke selbst für die unverbesserlichsten Optimisten unter uns völlig überraschend. Im Konstanzer Kreise wuchs unsere Stimmzahl von 871 auf 1910, im Schwarzwald-Bezirk Bellingen-Triberg von 1261 auf 2190, im düsteren Hohenwald gar von 725 auf 2948, in Lörrach-Müllheim von 1338 auf 2103 und im rabenschwarzen Erbschloßkreise Freiburg von 2267 auf 4145. Ähnlich liegen unsere Stimmzahlen auch in den mittelhochbadischen Kreisen Lahr (+ 520), Offenburg (+ 419), Baden-Rastatt (+ 1816), Bretten (+ 559); überall Ergebnisse, die zum Teil einer Verdoppelung bis Verdreifachung unserer bisherigen Stärke gleichkommen. Besonders glänzend hat sich der Heidelberger Kreis gehalten, in dem unser Kandidat Pfeiffe mit 5212 St. (gegen 2781 vor 5 Jahren) nahe an der Stichwahl stand. Bei allen diesen Ergebnissen muß, wenn sie richtig gewürdigt werden sollen, berücksichtigt werden, daß sie in Bezirken, die zum Teil 150 bis 200 weit zerstreute und schwer erreichbare Orte umfassen, sozusagen tüchtigweise zusammengeholt werden mußten, und daß in diesen Resultaten größtenteils mehr Agitations- und Organisationsarbeit steckt, als in manchen blendenden Reizenziffern der Großstädte.

Neben der Socialdemokratie hat auch das Centrum in Baden eine starke Zunahme von Anhängern zu verzeichnen. Der Jesuiten- und Klosterkammern ist ihm dabei vorzüglich zu statten gekommen. Seine Stimmzahl wuchs von 102 000 auf etwa 135 000, die der Nationalliberalen von 92 000 auf 104 000, während Freisinn und Demokratie von 12 000 auf 7000 Stimmen zusammenkämpften. Antisemitismus und Bund der Landwirte haben vollends allen Anhang im Volke verloren, und im 13. badischen Kreis hat die Socialdemokratie das Verdienst, durch ihre starke Stimmzunahme dem bisherigen Vertreter, Bundesführer Lude-Petershausen, schon im ersten Gange eine entscheidende Niederlage beigebracht zu haben.

Die Stichwahlfrage ist in Baden nun die folgende: Definitive Wahlen sind in nur 6 von den 14 Kreisen des Landes zu stände gekommen, sämtlich wie bisher Merikal. In allen übrigen Kreisen stehen die Nationalliberalen zur Stichwahl, und zwar in 5 mehr ländlichen Bezirken gegen das Centrum, in den 3 Industriekreisen Mannheim, Karlsruhe und Pforzheim gegen die Socialdemokratie. In den ersteren giebt uns Partei, in den letzteren das Centrum den Ausschlag. Es ist unter diesen Umständen leicht zu begreifen, daß die badische Centrumsleitung für die Stichwahl die Parole: „Gewehr bei Fuß!“ ausgelegt, da bei entschiedener Stellungnahme gegen die Socialdemokratie zu Gunsten der Nationalliberalen infolge der socialistischen Repräsentation zum allermindesten der Freiburger Kreis mit der Kandidatur Marx für sie verloren gewesen wäre. Die Demokraten treten in Mannheim, wo sie über etwa 2200 Stimmen verfügen, für Dreßbach ein, in Karlsruhe und Pforzheim verzichten sie angesichts ihres geringen Anhangs auf eine eigene Stichwahlparole. Der Freisinn bekennt sich überall im Lande als Anhängel der Nationalliberalen. Die Haltung der Socialdemokratie im Stichwahlkampf zwischen Centrum und Nationalliberalen ist durch die Münchener Resolution gegeben: strenge Wahlenthaltung.

Ueber den Ausfall der Stichwahlen läßt sich Bestimmtes kaum voraussagen. Außer allen Zweifel steht der socialistische Wahlsieg in Mannheim, der mit einer Mehrheit von 5 bis 6000 Stimmen erfochten werden dürfte. Auch Pforzheim ist uns wohl sicher. Im Karlsruher Kreis haben wir mit dem Hauptling der Postkammer und Volksrechtler, Herrn Ernst Waffermann zu rechnen.

Aus den fünf nationalliberal-merikalischen Stichwahlen wird das Centrum, falls keine unvorhergesehenen Zwischenfälle eintreten, in Freiburg und Bretten siegreich hervorgehen, während die Nationalliberalen Lörrach mit dem Weingutbesitzer Dr. Blankenhorn und Heidelberg mit dem Oberamtmann Beck retten dürften. Das Schicksal des bisher nationalliberal vertretenen Kreises Bellingen ist sehr ungewiß. Die Vertretung Badens im nächsten Reichstag wird aller Voraussicht nach so aussehen: 8-9 Merikale (bisher 7), 2-3 Nationalliberale (3), 3 Socialdemokraten (3), während der Landwirtschaftsbund (bisher durch Lude vertreten) ohne Mandat bleibt. Auf alle Fälle wird die Verschiebung zwischen den einzelnen Parteien eine geringe sein.

Zu den Stichwahlen in Nordbayern fordert die Demokratische Partei ihre Anhänger auf, im Wahlkreise Ansbach-Schwabach-Main für Mann für den Socialdemokraten hier einzutreten, in Fürth jedoch für den Freisinnigen Vardek gegen den Socialdemokraten Segny zu stimmen. Die Nationalliberalen beschloßen, in Schwabach den konservativen Fuhrer zu unterstützen, wenn in Fürth der Freisinnige die Stimmen der Konservativen erhält. Die Delegierten der Landesanschlüsse der freisinnigen und der nationalliberalen Partei berieten am Sonntag gemeinsam in Rürnberg und vereinbarten, daß beide Parteien in allen bayerischen Kreisen, wo eine derselben sich in der Stichwahl befindet, sich gegenseitig unterstützen sollen. Der Beschluß wurde gefaßt mit Rücksicht auf die politische Lage und die im Jahre 1905 stattfindenden Landtagswahlen. Der Bund der Landwirte tritt in Bayreuth bedingungslos für den Nationalliberalen Hagen ein. In Schweinfurt, wo ein Nationalliberaler mit einem Centrumsmann in der Stichwahl ist, beschloßen unsere Genossen, strikte Wahlenthaltung zu beobachten.

Eisenbahner wählt Socialdemokraten!

dem Dabbe will es nicht!!

Das Wahlergebnis in der Pfalz.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: An dem ungeheuren Aufschwung der Sache des Proletariates hat die pfälzische Partei einen verhältnismäßig nicht unerheblichen Anteil. Unser Stimmengewinn stieg von 25 148, die wir 1898 bekamen, auf 37 589, also ein Mehr von 12 442. In Anbetracht der wirtschaftlichen Verhältnisse der Pfalz — sie ist größtenteils Kleinbäuerlich — ist dieser Zuwachs ganz bedeutend. In zwei Wahlkreisen stehen wir in Stichwahl: im Wahlkreis Ludwigshafen gegen das Centrum, in Kaiserslautern gegen die verbündeten Demokraten und Nationalliberalen. Das Mandat des Ludwigshafener Kreises, das wir 1898 eroberten, ist uns auch diesmal wieder sicher, da wir einen Vorsprung von über 8000 Stimmen haben. In Kaiserslautern, dessen Mandat der Bundeshauptling Köfide innehatte und der gleich auf der Strecke blieb, ist die Situation nicht so günstig wie im Ludwigshafener Kreise. Hier stehen den 7000 socialistischen 8000 Kartellstimmen gegenüber. Der Ausschlag geben die 6000 Wähler- und 4200 Centrumsstimmen. In drei von den vier übrigen Kreisen stehen sich Nationalliberale und Centrum gegenüber, in vierten — Homburg-Kusel — Nationalliberale und Bund der Landwirte. 1898 hatte in diesem Kreise der Bund im ersten Wahlgange gesiegt. In Kaiserslautern haben es die verbündeten Nationalliberalen und Demokraten auf knapp 8000 Stimmen gebracht, eine Zahl, auf die besonders stolz zu sein für den Mischnach kein Anlaß vorliegt.

Die Signatur der Stichwahlen in der Pfalz ist Stimmhaltung. Das Centrum rührt keinen Finger und kann auch keinen rühren, um den Nationalliberalen zu helfen, denn es kämpft selbst in den Kreisen Landau, Germersheim und Birkenfeld in ausichtslosen Stichwahlen mit den Liberalen und spekuliert auf die socialistischen Stimmen, die in den drei Kreisen den Ausschlag geben. Um allem Liebeswerben ein Ende zu bereiten, hat die socialdemokratische Parteileitung den socialistischen Wählern in den vier Wahlkreisen, in denen wir nicht zur Entscheidung stehen, Stimmhaltung zur Pflicht gemacht. Die Nationalliberalen haben gleichfalls beschloßen, im Kreise Ludwigshafen das Centrum seinem Schicksal zu überlassen und sich der Stimme zu enthalten. In Homburg-Kusel tritt das Centrum für den Bund der Landwirte ein, da dieser das gleiche für das Centrum im Ludwigshafener Kreise thun wollte — wohlgerneht thun wollte —, doch das Centrum verzichtete auf dieses Fettnäse auf seine magere Suppe und läßt den Dingen ihren Lauf; mit andern Worten, es empfiehlt seinen eignen Wählern in diesem Wahlkreise, sich der Abstimmung zu enthalten und überläßt der Socialdemokratie kampflos das Feld. Es dürfte in der politisch-parlamentarischen Geschichte der Pfalz, daß eine Partei in der Stichwahl den Kampfplatz verläßt, einzig dastehen.

Offiziell wird die Stimmhaltung der Nationalliberalen, die einen Sieg ausschließt, als Vorwand der Klugheit genommen, in Wahrheit liegt die Sache aber so, daß es der pfälzischen Centrums-partei — an Geld mangelte und sie an eine verlorene Sache kein Geld wenden wollen. Auf der andern Seite hoffen sie auf diese Weise die socialdemokratischen Stimmen in den andern drei Kreisen, in denen das Centrum mit den Nationalliberalen ringt und die es so nötig braucht wie das Salz an der Suppe, für sich zu ergattern.

Im Wahlkreise Marburg steht der Nationalsoziale v. Gerlach in Stichwahl mit dem bündlerischen Protowucher-Kandidaten Gutsbesitzer v. Pappenheim. Die Sachlage im Kreise ist so, daß, obwohl der Kandidat der Bündler dem Nationalsozialen noch um etwa 1900 Stimmen voraus ist, unsere Parteigenossen den Ausschlag für Gerlach geben könnten. Es kann deshalb nicht zweifelhaft sein, wie wir uns in der Stichwahl zu verhalten haben. Wo es gilt, einen Protowucherer zu Fall zu bringen, müssen wir alle Kräfte für dieses Ziel einsehen. Unsere Parteigenossen im Marburger Kreise werden deshalb nicht zögern, für Gerlach zu stimmen, der, was uns auch sonst von ihm scheidet, ein entschiedener Gegner des Protowuchers ist und auch in der Frage des Wahlrechts als zuverlässig anzusehen ist.

Lochkittel her!

Im „Königshütter Tageblatt“ (Oberschlesien) ist in Nr. 136 zu lesen:

Mit dem fortgesetzten Zuwachs der Bevölkerung unserer Stadt nehmen auch die Verbrechen und insbesondere die Einbruchsdiebstahl zu. Die Kriminalabteilung, soweit der Außendienst in Betracht kommt, besteht aus einem Wachtmeister und vier Polizeifergeanten. Diese Zahl dürfte wohl genügen, um Verbrechen aufzudecken und die Ermittlung der Verbrecher zu erwirken. Wenn man aber in Betracht zieht, daß unsere Stadt Verbrechen aufzuweisen hat, die bis heute noch in Dunkelheit gehüllt sind, wir erinnern nur an die Morde der Ruffki und des Danisch, so kommen wir zu der Ueberzeugung, daß es für unsere Stadt entschieden von Vorteil wäre, wenn sie außerdem ein oder zwei Detektives (Geheimpolizisten) anstellen würde, die gleich dem Beispiel in größeren Städten, zunächst der Verbrechenschaft unbekannt sein müßten, oder aber, die es verstehen, sich durch Verkleidungen pp. unkenntlich zu machen. Nur dadurch und wenn sie sich in die Fese der Verbrecher hineinstecken und unerkannt bleiben, wird es gelingen, Verbrechern auf die Spur zu kommen, die sonst ewig im Dunkel bleiben. Die fünf Kriminalbeamten vom Außendienst sind in unserer Stadt allgemein bekannt und bei Fällen von Verbrechen, wo es gilt, erst die richtige Spur zu finden, ist schon das Erscheinen und sofortige Erkennen genügend, um die Verbrecher zu warnen und es ihnen schließlich leicht zu machen, die bereits aufgefundenen Spur zu verwischen. — Aber dieses allein spricht nicht nur für die Vermehrung der Kriminal- bzw. Geheimpolizei, nein, auch der Umstand, daß unsere Stadt in letzter Zeit auch in politischer Beziehung hervortritt, was ja aus den Wahlen deutlich genug erkennbar ist, dürfte eine Anregung hierzu sein. Es liegt klar, daß die regierungsfreundliche Partei unter der Hand und im Geheimen gearbeitet hat, um einen derartigen Erfolg zu erzielen. Ein geheimes unauffälliges Benehmen, vielleicht gar ein unerkanntes Teilnehmen quasi als Agitator mit, dürfte der Polizei, ja, wir sagen sogar Regierung Material in Händen geben, das dann von selbst für eine derartige Einrichtung spricht.

Wörter und „regierungsfreundliche Parteien“ auf eine Stufe zu stellen, mag verbischen Sitten entsprechen, bei uns zeugt es nur von einer außerordentlich niedrigen Moral; es entspricht dieser Zusammenstellung, daß Polizeibeamte als geheime Agitatoren angestellt werden sollen, um Material zu liefern.

Ob die freundlichen Wünsche des „Kattowiger Tageblattes“ vielleicht schon erfüllt sein sollten bei den Kravallen in Laura hätte?

Eine noch nie dagewesene Wahlbeteiligung wurde im 22. sächsischen Wahlkreise erreicht, wo unserm Genossen Hoffmann der Ex-Jesuit Goewisbroech als Kandidat des Protowucherartells gegenübertrat. Es wurden rund 32 000 Stimmen abgegeben, das sind 97,6 Proz. der eingeschriebenen Wähler. Dabei handelt sich um einen ausgedehnten ländlichen Gebirgskreis, so daß diese gewaltige Wahlbeteiligung um so erstaunlicher ist. Von den 32 000 Stimmen fielen 19 100 auf unsern Kandidaten.

Dieser Kreis kann gewissermaßen als Exempel gelten: vollste Einigkeit aller Ordnungsgeliebten und Abstimmung nahezu sämtlicher Wähler. Die 2 1/2 Proz. Fehlenden kann man ruhig als Kranke und Abwesende betrachten, die selbst bei Abstimmungszwang als entschuldigend gelten müßten. Und gerade da siegt die Socialdemokratie mit einer Mehrheit, die den Gegnern jede Hoffnung nehmen muß, den Kreis je wieder zu erobern. Unsere Gegner brüsten sich oft mit dem Gedanken, die Lauen und Säunigen, wenn sie nur zur Abstimmung gezwungen werden könnten, würden uns aus manchem Kreise verdrängen. Wir sind gewiß dafür, daß jeder Bürger von seinem Wahlrechte Gebrauch macht, aber dessen sind wir gewiß: zwänge man jeden Wähler zum wählen, unser wäre der Schaden sicher nicht. So hat es auch uns nicht zum Schaden gereicht, daß man in Berlin auf die Beamten diesmal einen mächtigen Druck ausgeübt hat, wählen zu gehen.

Grund zum Wahlprotest. In Northheim im Kreise Einbed, wo unser Genosse Ad. Hoffmann in Stichwahl steht, war es gelungen, einen Arbeiter zur Hergabe seiner Scheine für eine Wähler-versammlung zu gewinnen. Es kostete noch viele Mühe, um der Beeinflussungen des unartigen Arbeiters Herr zu werden. Als es aber endlich soweit war und die Versammlung begonnen hatte, erschien, nachdem Hoffmann kaum 5 Minuten gesprochen hatte, ein Polizeibeamter und löste ohne weiteres und ohne jeden Grund die Versammlung auf.

Militärisches Aufgebot. Die „Danziger Zeitung“ meldet: Eine etwas sonderbare Rolle spielte der Bürgermeister in Lauenburg. Ohne den Magistrat zu befragen, ließ er auf eigne Faust in Danzig eine Compagnie Infanterie (8. Compagnie 5. Infanterie-Regiments) zum Wahltag bereit stellen und einen Extrazug unter Dampf halten, welcher die Truppen nach Lauenburg befördern sollte. Gleichzeitig bestellte er bei zwei Lauenburger Kaufleuten ein Duzend Revolver, mit welchen die Polizisten auf das Publikum schießen sollten. Die Bevölkerung verhielt sich trotz des lebhaftesten Interesses am Ausgange der Wahl durchaus ruhig und anständig. Als diese Vorbereitungen, welche der Herr Bürgermeister getroffen hatte, am Wahlabend bekannt wurden, erregten sie Heiterkeit. Wer aber zahlt die entstandenen Kosten?

Wahlbeeinflussungen.

Von der Senftenberger Haur

wird uns berichtet: Die Wahlerfolge der socialdemokratischen Partei haben den hiesigen Unternehmern einen derartigen Schreck eingejagt, daß sie rein von Sinnen geworden sind. In ihrer Wut greifen sie zu den brutalsten Mitteln. Nicht allein, daß die Flugblattverteiler aus den Gemetschhäusern herausgeworfen werden, Wahregelungen und Lohnabzüge bis zu 30 Proz. werden vorgenommen, und die Arbeiter einzuschütern. Unsern Kandidaten Schuber, der von Grube zu Grube geht, um so Gelegenheit zu finden, mit den Vergärarbeitern in Verbindung zu treten, verfolgt man unausgesetzt. Amtsvorsteher, Gendarme und Polizisten stehen auf dem Bahnhof, um jede Gelegenheit zu nehmen, daß sich der Soci im Orte den Leuten nähern kann. Die Gastwirte werden aufgefordert, Speisen und Getränke an ihn nicht zu verabfolgen, und in der gemeinsten Weise benutzt man die Anwesenheit der Grubenbeamten, um höhrend über uns herzugiehen. In Neurostolln hat man in zwei Versammlungen eine Prüßkapelle engagiert, die mit Pauken und Trompeten die Reden Schuberts unmöglich machen sollen.

In den Fabriken werden „Verkaufsmärgen“ erlassen, in welchen die Arbeiter gewarnt werden, Schubert die Stimme zu geben.

Der Direktor der Friedrichsthaler Glasblüte, Paul Schwarzer, bekundet seine Dankbarkeit in folgendem „Wass“:

Zur Wahl!

Obwohl ich nicht die Absicht habe, das persönliche Urteil des Einzelnen in bestimmender Weise zu beeinflussen, hat es mich doch mit Freude erfüllt, zu hören, daß die Arbeiterschaft von Friedrichsthal ihre Stimme nie der socialdemokratischen Partei gegeben hat. Ich habe die Hoffnung, daß das wieder und immer so sein wird, denn ich bin der Meinung, daß eine Partei, die sich den Unsturz aller bestehenden Verhältnisse zum Princip gemacht hat, der Stimmen verständiger Arbeiter nicht würdig ist. Ein Arbeiter, der sich darüber klar ist, daß seine Arbeitgeber und Vorgesetzten stets darauf bedacht sind, dem Untergebenen eine sichere Erwerbsquelle zu gewähren, wird seine Stimme niemals einem Unsturz-Abgeordneten geben.

Am Tage der Hauptwahl wurden die Kontrollleute aus den Wahllokalen verwiesen; in Sighonopsta erhielt ein Berliner Genosse bei dem Anbieten von Stimmzetteln von einem Bauerngutbesitzer eine Ohrfeige. In Sauo wurde eine zweifelhafte Rüte, die offen war, als Wahlurne benutzt. In das eine Abteil kamen die Couverts der Bauern, in das andre die der Arbeiter. Eine Unmenge von Unregelmäßigkeiten sind vorgekommen.

Dazu kommt noch, was unsere Presse vorausgesagt hat. Die Freisinnige Volkspartei, welche am Sonntag einer Einladung des kon-

servativen Kandidaten gefolgt war, hat durch ihre Vertrauensleute beschlossen, Stimmeneinhaltung bei der Stichwahl zu empfehlen. Ihre Genossen sehen alles daran, um einen größeren Erfolg bei der Stichwahl zu erreichen. Bei der Hauptwahl wurde ein Stimmengewinn von 66 Proz. erzielt; sie hoffen zuversichtlich, diese Position zu verbessern.

In Arnim's Reich.

In dem Wahlkreise des Grafen Arnim, Rothenburg-Hoherstwerda, wird nicht nur „alles verhoffen“, sondern auch mit direkt strafbaren Wahlfälschungen gearbeitet.

Am den Diegnitzer Regierungspräsidenten wurde von dem freikämmerlichen Verein in Görlitz eine Beschwerde gerichtet, in der die tollsten Dinge berichtet werden. Es heißt da:

„Aus der Urtschaft Hoherstwerda, Kreis Hoherstwerda, wird uns der unglaublich klingende Fall gemeldet, daß der dortige Amtsvorsteher die Couverts geöffnet und den Wählern die nicht auf den Grafen Arnim lautenden Stimmzettel mit dem Vermerk zurückgegeben habe, sie sollten einen andern Zettel hineinstecken, dies sei nicht der richtige. Dieses Manöver sei so oft wiederholt worden, bis in das Couvert ein Zettel, für den Grafen Arnim lautend, hineingelegt wurde. Vier Zeugen sind bereit, diese Vorgänge eidlich zu erklären.“

Im Wahlbezirk **W r e m e n h a i n** hat der Verteiler der amtlichen Couverts zugleich mit diesen Stimmzetteln mit dem Namen des Grafen Arnim übergeben.

Zur Aufnahme der Wahlcouverts wurden vielfach Terrinen oder, wie in Jöblich, Pappschachteln mit einem Seiteneinwurf verwendet, so daß die Wahlcouverts übereinandergeschichtet wurden. Es ist dies ein den Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Sicherung des Wahlgeheimnisses direkt Hohn sprechendes Verfahren.“

Ferner wird behauptet, daß das Wahllokal in der Wohnung des Amtsvorstehers zeitig in Nieder-Gebelzig gewesen ist, während in dem nahe gelegenen Gr.-Saubernitz als Wahllokal ein Gasthof mit drei geräumigen Gastzimmern zur Verfügung stand, und daß der weitläufige überwiegende Teil der Wähler nicht in Nieder-Gebelzig, sondern in Gr.-Saubernitz wohnte. Der Wahlvorsteher händigte in dem Wahllokal jedem Wähler einen Stimmzettel, auf den Namen „Arnim“ lautend, und ein Couvert aus. Er hat ferner über die spanische Wand, durch welche der isolierte Raum gebildet wurde, hinübergeschaut, so oft ein Wähler hinter dieselbe trat, und ganz genau beobachtet, ob der Wähler einen andern Zettel, als den ihm von dem Wahlvorsteher ausgehändigten, in das Couvert steckte. Der Wahlvorsteher hat weiter bei der Abgabe der Couverts eine Ecke an denselben umgebogen. Als Wahlurkunde diente eine Sappenterrine, in welche die Couverts der Reihe nach aufeinander gelegt wurden, so daß eine Kontrolle sehr leicht möglich war.

Die Wahlsprüfungs-Kommission wird selbstverständlich den edlen Grafen, falls er gewählt werden sollte, sofort aus dem Reichstage hinausbefördern.

Die Kriegervereine als Wahlmacher.

Mit ganz besonderem Eifer greifen diesmal die Kriegervereine in den Wahlkampf ein. In den Stichwahlen wird von Frankfurt a. O. das folgende Circular verbreitet:

Frankfurt a. O., 19. Juni 08.

Kameraden! Es ist Gefahr, daß in unserm Bezirke, dessen Krieger erst im vergangenen Jahre zu Tausenden vor unserm Kaiser und König in Parade standen, bei der Reichstagswahl eine Anzahl Kreise in die Hände der Socialdemokratie fallen. Angesichts dieser Gefahr treibt es uns, Euch nochmals daran zu erinnern, wie ein Mitglied eines deutschen Kriegervereins sich zu verhalten hat.

Unsere Kriegervereine sind keine politischen Vereine, stehen daher allen Parteien vollkommen unparteiisch gegenüber, sie mischen sich nicht in den politischen Streit, sie begünstigen weder die eine noch die andre Parteirichtung und ihre Mitglieder sind vollkommen frei, innerhalb des Rahmens der den bestehenden Staat anerkennenden Parteien ihre Pflichten als Staatsbürger bei den Wahlen auszuüben.

Die vornehmste Aufgabe der deutschen Kriegervereine ist aber nach deren Satzungen die Pflege und Verrichtung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, zu Landesherren und Vaterland. Niemand kann also, wie Euch schon oft gesagt ist, Mitglied eines Kriegervereins sein oder bleiben, wer die Socialdemokratie oder deren Bestreben unterstützt.

Der deutsche Krieger hat demnach, ganz gleich welcher staatsrechtlichen Partei er angehört, die Pflicht, gegen die Staatsordnung bedrohende Elemente anzukämpfen. Jeder gebe daher am 25. Juni, wenn er nicht feige oder ein Heuchler sein will, seine Stimme gegen die Socialdemokratie ab; seine Stimmeneinhaltung, denn auch Stimmeneinhaltung ist Pflichtverletzung.

Mit kameradschaftlichem Gruß

Der Vorstand des Regierungsbezirks-Kriegerverbandes. Freige und heuchlerisch ist es, wenn ein Kriegerverein behauptet, unpolitisch zu sein und doch nur eine Hülfstruppe für die Agrarier ist, deren Patriotismus darin besteht, daß sie die „Throne tragen“ lassen wollen, wenn der Zoll nicht hoch genug ist! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

Die Internationale.

Pariser Studenten, lauter künftige Professoren und Staatsbeamten socialistischer Gesinnung, feiern den Triumph der deutschen Socialdemokratie, gratulieren aufs wärmste den deutschen Genossen und senden ihnen ihren brüderlichen Gruß. (Folgen zahlreiche Unterschriften der in deutscher Sprache abgesetzten Adresse.) —

Aus Madrid wird uns telegraphiert: Die spanischen Socialisten feiern gemeinsam mit allen Gesinnungsgenossen der Welt den gewaltigen Wahlsieg der deutschen Brüder. Es lebe die deutsche Socialdemokratie. Iglesias. —

Sehr werthe Genossen!

Bukarest, 20. Juni 1908.

Mit feierlicher Ungeduld erwarteten wir hier die ersten Nachrichten über den Ausfall der Reichstagswahlen, und um so größer war unsere Freude über die uns zuerst durch Wiener Zeitungen zur Kenntnis gelangten überaus glänzenden Resultate, die uns der „Vorwärts“ sodann vervollständigte. — Der gute Ausfall der Wahlen legt nicht nur ein ehrendes Zeugnis für die deutsche Socialdemokratie ab, sondern wird auch ein mächtiger Ansporn für die Entwicklung der Socialdemokratie aller Länder sein. —

Ganz enthusiastisch bringen wir Ihnen unsere herzlichsten Glückwünsche zu den großartigen Erfolgen dar und geben zugleich der Hoffnung Ausdruck, daß die Stichwahlen das vollenden, was Sie am 16. so ehrenvoll begonnen. —

Ein brausendes Hoch der internationalen Socialdemokratie im Namen und im Auftrage eines Keinen Kreises nach hier verschlagener Parteigenossen. (Folgt Name.)

Jaurès über die deutschen Reichstagswahlen.

Die „Petite République“ bringt einen groß angelegten Artikel Jaurès, in dem unser Parteigenosse die Bedeutung der deutschen Reichstagswahlen erörtert. Er beschränkt sich nicht darauf, die Resultate der Wahl ziffernmäßig wiederzugeben, sondern sucht im zweiten Teile seines Artikels die Folgen klarzustellen, die sich daraus für die deutsche Politik ergeben. Er erörtert die Frage, ob die obere Reichsregierung der unünftigen Suggestion der „Hamburger Nachrichten“ und anderer Blätter folgen und an dem Wahlrecht rütteln werde; er hält das für ausgeschlossen. Einen Staatsstreik gegen die rote Reichshauptstadt werde man nicht wagen. Er verweist auf das Beispiel Sachsens, wo der Wahlrechtsraub fast die gesamte Bevölkerung in das Lager der Socialdemokratie getrieben

habe. Die Unterdrückung des allgemeinen Wahlrechts für den Reichstag würde zwischen der Regierung und dem Volke einen unüberbrückbaren Gegensatz aufrichten. Die socialdemokratische Partei aus dem Reichstag auszuschließen, hieße den Despotismus der Junker aufrichten, die in der industriellen Entwicklung Deutschlands eine Verhinderung ihrer politischen und socialen Macht erblicken. Jaurès stellt die Frage, wohin würde diese agrarische Tyrannei, die schon heute so schwer auf Deutschland lastet, führen, wenn das Proletariat, zurückgedrängt von dem öffentlichen Leben, nicht mehr das Gegengewicht bildete gegenüber dem despotischen, anmaßenden Junkertum? Für das ganze nationale Leben Deutschlands, für seine ökonomische und industrielle Entwicklung ist der Socialismus eine Nothwendigkeit, ein Lebensmoment geworden.“

Bälou habe ohne Zweifel begriffen, daß der Socialismus eine Macht darstelle, mit der zu rechnen ist, und daraus erkläre sich seine Verlegenheit und das Widerspruchsvolle der Politik der deutschen Reichsregierung. Graf Bälou sei sich wohl klar, daß ein erdrückender Sieg des Agrarierthums jede moderne Regierung und jede große ökonomische Aktion unmöglich machen müsse.

Jaurès ist dann voller Optimismus: die deutsche Politik habe mit dem Socialismus als mit einer gegebenen, nicht mehr wegzuleugnenden Macht zu rechnen. —

Die rote City!

Die „Vossische Zeitung“ hat einen ganz besonderen Grund entdeckt, warum die Socialdemokratie nicht auch den ersten Berliner Wahlkreis erobern dürfe. Genosse Arons müsse sich dankbar erweisen, weil die „Voss. Ztg.“ für ihn bei seiner Wahregulierung eingetreten sei:

„Als der jetzige Kandidat der Socialdemokratie im ersten Wahlkreise wegen seiner Gesinnung aus dem Amt am 1. d. d. Unterstadt entfernt werden sollte, ist niemand für ihn w e r t h ä t i g e r eingetreten als die freikämmerliche Partei. Vielleicht wäre es darum nicht unangebracht gewesen, wenn er ein Mandat irgendwo im Kampfe gegen einen reaktionären Abgeordneten gesucht hätte, nicht in einem alten Wahlkreise des freikämmerlichen Bürgerthums. Das Bürgerthum wird seine volle Schuldigkeit thun müssen, um trotz des ungünstigen Stimmenverhältnisses das Mandat des ersten Wahlkreises wie 1898 zu behaupten. Und thut es diese Schuldigkeit, so wird es seiner Ehrenpflicht genügen und Berlin davor bewahren, daß auch über seinem Centrum, über seiner City fortan „das rote Banner flattert.“

Unter „werthhätigen“ Eintreten versteht also die „Vossische Zeitung“ die Erwartung von Gegenleistung. Die „Vossin“ ist nicht für das Princip der Wahlfreiheit eingetreten — wie man vermutete — sondern um Genosse Arons eine Gefälligkeit zu erweisen. Das ist eine — wie uns scheint — allzu laienmännliche Betrachtungsweise.

Im übrigen ist der Rat an den Genossen Arons, sich einen Wahlkreis auszusuchen, in dem er einen reaktionären Abgeordneten aus dem Felde schlagen könnte, sehr boshaft gegen die — freikämmerliche Volkspartei. Denn das würde nur dahin führen, daß der Freikämmer wieder der Schande verfiel, einen Kreis in der Stichwahl an die Reaction auszuliefern. Da ist es schon für den Freikämmer das kleinere Uebel und die geringere Schande, sich direkt von einem Socialdemokraten besiegen zu lassen.

Die rote City aber ist sicher ein sehr geeignetes Mittel, Berlin zur schönsten Stadt der Welt zu machen! —

Deutsches Reich.

Gegen den Hirtenbrief des Fürstbischofs Kopp haben die Polen in Charlottenburg in einer Versammlung folgende Erklärung beschlossen:

„Wir bedauern, daß Fürstbischof Kopp, von falschen Voraussetzungen ausgehend, in seinem Hirtenbriefe der polnischen nationalen Presse schwere, durchaus unbegründete Vorwürfe macht. 1. Wir drücken der polnischen Presse unsere Anerkennung dafür aus, daß sie mit Eifer für die Rechte der polnischen Sprache in der Kirche eintritt; wir bestreiten entschieden, daß die Erweckung nationalen Bewußtseins in den Polen ihre Anhänglichkeit an die katholische Kirche schwächt. 2. Wir schätzen die Geistlichen als Seelenhirten, aber wir wahren uns unsere Gedankenfreiheit und wehren uns energisch dagegen, daß sie ihren geistlichen Einfluß zu weltlichen, politischen Zwecken mißbrauchen. 3. Wir schließen uns den Bestrebungen unserer schlesischen Brüder an, daß, wenn die bezeichneten Mißbräuche nicht aufhören, eine Beschwerde an den heiligen Vater gerichtet wird und bitten alle Landsleute in allen polnischen Gebieten, daß sie offen und freimütig unsere Sache unterstützen.“

Ein freikämmerlicher Oberpräsident.

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Dr. v. Bethmann-Hollweg, hat am Sonntag in Potsdam bei der Eröffnung einer Fleischer-Ausstellung über den Wahlausfall geredet. Nach einer Lokalcorrespondenz soll er dabei unter anderem gesagt haben:

Die Pflege des deutschen Sinnes sei gerade in jetziger Zeit und in diesen Tagen doppelt und dreifach von Wichtigkeit. Wenn es wahr sei, was behauptet wird, daß die Socialdemokratie auf 3 Millionen Stimmen angewachsen sei, die nichts anderes wüßte, als das, was Großes und Weibendes im Deutschen Reich geschaffen, schlecht zu machen, dann könnte er dies nur tief bedauern und appelliere um so wärmer an das treue deutsche Herz. Er könne es aber auch nicht verhehlen, daß es keine Freude mache zu arbeiten, wenn man sieht, daß ein Teil des Volkes immer mehr und mehr gegen alles Wohlgefühle, gegen Thron und Altar arbeite. Da heiße es nun, zurück auf die alten bewährten Wege, auf den deutschen Sinn, wie er vor 30 Jahren noch gewaltet, da möge das treue deutsche Herz sich wieder regen.

Ein Oberpräsident, der von den 3 Millionen Wählern der deutschen Socialdemokratie weiter nichts zu sagen weiß, als daß sie alles Große schlecht machen, der darf ruhig streifen. Für die Aufgaben, die in Zukunft dem Deutschen Reich gestellt werden, ist ein solcher Beamter sicher nicht der Geeignete. —

Daß Kosobowsky bei Spahn — in Sachen des Stimmwiefhandels — in Leipzig gewesen sei, wird bestritten, ohne daß eine offizielle Erklärung vorliegt. Wo ist dann das Geschäft abgeschlossen worden? —

Die „Frankfurter Zeitung“ legt bekanntlich Wert darauf, daß aus ihrem Blatte alles, was nach einem Witz aussieht, herausredigiert wird. Wenn sie aber in andern Blättern einen Witz entdeckt, wird sie erregt.

Unser infolge des plumpen Stumpfsinns unserer Gegner überaus erfolgreiche Wahlsieger: „Wudde will es“ wird deshalb von der „Frankfurter Zeitung“ mit dem großen Vornam bedroht:

Diese Abfertigung (gemeint ist die Abfertigung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“) ist wohl verdient. Minister Wudde hat eine ganz correcte Stellung eingenommen, als er ausprüdte, daß die Bediensteten wählen können, wenn sie wollen, und es wäre nur zu wünschen, daß alle Minister die gleiche Haltung beobachteten. Wenn aber die Worte dem ersten Minister, der sich so aussprach, im Munde verdreht werden, dann werden andre wahrscheinlich zurückhaltender sein, und die Stellung der Eisenbahner wird auch nicht besser, wenn man ihren Chef veranlaßt, seine Worte zu bereuen. Das aber hat in der That der „Vorwärts“ fertig gebracht.

Herr Wudde beschränkt seinen Arbeitern geschwändig das Koalitionsrecht, in seinem Ressort wurden amtliche Wahlbeeinflussungen getrieben, und wenn wir nun als Antwort eine diplomatische Redewendung des geistreichen Ministers beim Worte nahmen, so sieht die „Frankfurter Zeitung“ schlimmere Dinge sich vorbereiten! Die Minister würden dann nicht mehr mit ebenso schönen wie billigen Phrasen ihre Anschauung vertheilen, daß die Arbeiter keine Ueberzeugung betätigen dürfen außer der

amtlich erlaubten. Umgekehrt würden wir in solchem Verfahren einen Fortschritt erblicken. Wir halten es für gar nicht erwünscht, daß ein Minister im Parlament erklärt, die Arbeiter könnten wählen, wenn sie wollen, auch socialdemokratisch — und dann dulden, daß Wahlbeeinflussung getrieben wird! —

Der freikämmerliche „Vote aus dem Riesengebirge“ entsetzt sich nicht, noch zu den Stichwahlen am 20. Juni die bekannte konservativ-sammliche Sammlung von Fälschungen über das Verhältnis der Socialdemokratie zur Bauern- und Handwerkerfrage wiederzugeben, da ist das „Vorwärts“-Citat: „Die Ernte gehört nicht den Bauern“ usw.

Kann das Blatt nicht wenigstens original fälschen, anstatt bei den Konservativen eine Anleihe aufzunehmen? —

Der wildgewordene Poet, Ernst v. Wildenbruch, der von der Lauffischen Konkurrenz in den Hintergrund gedrängte Hohenzollern-Poet, hat auf dem Weimarer Verbandstage der farbentragenden Sängerschaften seine Anschauungen über die Wahlen diktirt. Er prophezeit:

„Wenn die Zeichen der Zeit nicht trügen, werdet Ihr als Männer einen schweren, einen gewaltigen Kampf zu kämpfen haben: Ihr werdet zu kämpfen haben für die Individualität gegen die erdrückende Masse, für den Kulturgebauken Vaterland und Gesellschaft gegen die kulturzerstörende Barbarei des Egoismus. Es wird ein Kampf sein um die heiligsten Güter, nicht Deutschlands nur, sondern der Menschheit, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird dieser Kampf um die Seele der Menschheit, wie in früheren Jahrhunderten schon mehrmals, auch jetzt wieder in Deutschland ausgefochten werden. Und Ihr, Ihr werdet die Kämpfer sein, auf Euren Schultern werden die ungeheuren Aufgaben ruhen! Nicht um Eure Bestimmung zu fördern, sage ich Euch dies erste Wort, sondern um sie zu erhöhen; denn um ein Fest zu feiern, seid Ihr zusammengekommen, nicht um zu spielen. Ein Kampf um ideale Güter im höchsten Sinne des Wortes, das wird Euer Kampf dereinstens sein.“

Daß Wildenbruch in der „Masse“ die Barbaren, die Kanaille sieht, erklärt sich schon aus seiner Erziehung, über die wir in der letzten Sonntagsnummer einiges berichteten. Die „Stauffacherin“ war ja seine Mutter!

Im übrigen würde Wildenbruch seine Zeit besser verwenden, wenn er, statt schlechte Theaterstücke zu schreiben, einmal die socialistische Litteratur studierte. Vielleicht würde er dann anfangen, sich seiner Phrasen zu schämen! —

Die „Verjährung“ bei Abgeordneten. Aus Halle, 23. Juni, wird geschrieben: Eine principielle Entscheidung, die besonders für Abgeordnete von Bedeutung ist, fällt die hiesige Strafkammer in der Sache des Reichstags-Abgeordneten und Redateurs Adolf Thiele, der wegen Verleumdung des Ober-Polizei-Inspectors Weismann angeklagt war. Letzterem sollte im hiesigen „Vollblatt“ der Vorwurf gemacht worden sein, er habe bei dem Verbot eines Kriegervereins standhaft parteiisch gehandelt. Das Gericht kam infolge der Verjährung zur Einstellung des Verfahrens. Die Entscheidung fuhte auf einem Reichsgerichtsurteil vom Jahre 1895. Durch dasselbe ist folgender Rechtszustand geschaffen worden: Wird gegen einen Reichstags-Abgeordneten während der Session ein Strafverfahren eingeleitet, so ruht die Verjährung ohne weiteres bis zum Schluß der Session. Hat aber das Strafverfahren vor Beginn der Session seinen Anfang genommen, so muß bei Zusammentritt des Reichstages bezw. innerhalb der sechsmonatlichen Verjährungsfrist bei Verjährung die Staatsanwaltschaft bei dem Reichstag die Erlaubnis zur Strafverfolgung nachsuchen. Erst wenn diese Erlaubnis erteilt worden ist, tritt auch in diesem Falle das Ruhen der Verjährung ein. Im andern Falle geht die Verjährung weiter. Und sind beim Schluß der Session mehr als sechs Monate verstrichen, ohne daß eine richterliche Handlung inzwischen vorgenommen worden ist, so ist gleichfalls Verjährung eingetreten.

Dieser Fall lag heute vor. Die hiesige Staatsanwaltschaft hatte vom Reichstage nicht die Erlaubnis zur Strafverfolgung verlangt und als am 11. Mai d. J. nach Schluß des Reichstages die erlöschende Handlung unternommen wurde, waren weit mehr als sechs Monate verstrichen. Das Gericht mußte somit zur Einstellung des Verfahrens gelangen und die entstandenen Kosten der Staatskasse auferlegen.

In einer Majestätsbeleidigungssache wurde einmal ein begriffenwertes Urteil gefällt. Vor der Strafkammer in Nürnberg hatte sich der Schmiedemeister Wunder, der schon zweimal in gleichen Prozessen bestraft wurde, wegen dieses Reates zu verantworten, weil er über den deutschen Kaiser geschimpft hatte, als er nicht mehr ganz nüchtern war. Das Gericht sprach ihn frei unter der Begründung, daß er Alkoholiker und leicht reizbar sei und für die ihm zur Last gelegte Handlung nicht verantwortlich gemacht werden könne.

Hausland.

Verkappte Mönche und Ministerkandidaten.

Zu der französischen Gesetzesvorlage über die Säcularisierung der Kongregationen, deren Beratung bereits gestern, am Montag, begonnen hat, wird uns von unserem Pariser Korrespondenten geschrieben:

Paris, 21. Juni. Regierung und „Bloc“ stoßen am Vorabend einer neuen Kraftprobe, die hier die Öffentlichkeit in Atem hält. Seltsam genug sind es die „weltlich“ verkleideten Mönche und Nonnen, die diesmal innerhalb des „Bloc“ härtere Bewährungsproben zu bestehen haben.

Die Mitglieder der aufgelösten Kongregationen haben nämlich ein leichtes Mittel entdeckt, das Gesetz zu umgehen. Sie lehren massenhaft in die geschlossenen Kongregationschulen zurück, nachdem sie die Mönchskleidung abgelegt haben. Als angeblich „säcularisierte“ Kongregationen, als angebliche „Laien“ beanspruchen sie dann das jedem lehrfähigen Bürger zustehende Recht, die Lehrfähigkeit in Privatschulen auszuüben. In den meisten Fällen nehmen sie begehrlichweise von denjenigen eben geschlossenen Schulklassen Besitz, in denen sie selber früher im Mönchsgewand wirkten. So sichern sie sich ihre frühere Kundtschaft und ihren früheren Einfluß. Dadurch wird zugleich die ganze antilongreganistische Aktion von Parlament und Regierung am gründlichsten verhöhnt. Das Gesetz Waldeck-Rousseau gegen die Kongregationen hat sich demnach selbst auf seinem ohnehin ziemlich eingegrenzten Wirkungsgebiet als lächerlich wirkungslos erwiesen.

Um dem drohenden Flutlo vorzubeugen, hatte die Regierung zunächst den gerichtlichen Beschwörungsbetrieb. Die Zahl der gegen die „verweltlichten“ Kongregantisten schwebenden Verfahren wird auf einige hundert geschätzt. Indes haben die Richter bereits so drastische Proben von ihrem kirchlichen Geiste abgelegt, daß der Kongregationsauslöschung der Kammer auf eine zweite Sitzung zur lax Waldeck-Rousseau drängt. Die erste Sitzung vom Dezember 1902 hat die Strafbestimmungen verschärft — mit welchem Erfolg, das zeigt insbesondere ein dieser Tage vom Gericht der Stadt Wahone gemäßigtes Urteil: „Aufgelöste“ Dominikaner und Kapuziner, die ihr gemeinschaftliches Klosterleben ruhig fortsetzten, wurden freigesprochen mit der Begründung, daß die von der Deputiertenkammer allein verweigerte Genehmigung der beiden Orden ungesetzlich sei! Damit haben sich die kirchlichen Richter gegen ein von beiden Kammern im Einverständnis mit dem Staatsrat beschlossenes und übrigens logisch einzig mögliches Verfahren ausgesprochen. Die neue Flutnovelle bedroht die geschlossenen kongreganistischen Niederlassungen, vor allem die Schulen, im Falle der Wiedereröffnung durch einen oder mehrere „säcularisierte“ Ordensmitglieder mit der abermaligen Schließung, falls diese letzteren schon früher in der gleichen oder in den benachbarten Gemeinden thätig waren. Die Zeitdauer dieser Ausnahmebestimmung ist jedoch auf drei Jahre beschränkt, d. h. drei Jahre nach der ersten Schließung darf das „säcularisierte“ Personal seine frühere Niederlassung wieder eröffnen.

Diese Novelle hat ganz unerwartet von neuem scharfe Risse im Regierungsbloc offenbart. Unerwartet, wenn man den Gesetzesentwurf an und für sich betrachtet. Welcher er sich doch genau in denselben ausnahmegeseglichen Rahmen, wie das Vereinsgesetz, Wer

dieses billigt, kann unmöglich dessen hohnvolle Umgebung durch die umgekehrten Kongreganten zulassen. Auch ist es nicht die praktische Unzulänglichkeit oder vielleicht gänzliche Wirkungslosigkeit des Entwurfes, was den lärmenden Widerspruch eines Teils der Regierungsmehrheit heraufbesordert. Die Widerpenstigen des „Bloc“ verlangen keine härteren Bestimmungen, sie tabeln vielmehr den Ausnahmeharakter des Entwurfes, der die „persönliche Freiheit“ treffe, und arbeiten mit denselben Argumenten, die bis dahin die liberal-melancholische Opposition gegen die ganze anti-kongregantische Aktion ins Feld führte.

Man begreift, daß die so veripätere und so plötzliche Erleuchtung der „Bloc“-Opposition allseitig, auch den liberal-melancholischen, die davon zu profitieren hoffen, als ein neues Manöver der ungeduldigen Erben des Ministeriums Combes erscheint. In diesen können aber die zwei angesehenen Gegner der Revolte Clément und Duiffon nicht gerechnet werden. Jener, ein verstoßener Eingänger, hat sich von Anfang an zur lux Walde-Rouffieu kritisch verhalten, und seiner Zeit trat er im Senat gegen das sonst von den meisten Antiklerikalen beifürwortete Unterrichtsmonopol des Staates auf. Duiffon aber, der wegen der Säkularisationsfrage als Vorsitzender des Kongregationsausschusses demissioniert hat, will nur den einzelnen Kongreganten von der Wirkung des dreijährigen Rückkehrverbotes ausgenommen wissen.

Wie dem auch sei, die Haltung Clément und Duiffons bildet den stärksten Trümpf der liberal-melancholischen Opposition und der ministerfähigen Streber aus dem „Bloc“. Dazu kommt die Uneinigkeit im Ministerium selbst. Combes hat sich aber für die Revolte bereits so tief engagiert, daß er an deren Votum eventuell die Vertrauensfrage knüpfen muß. Der Kampf um die verkappten Mönche ist also dank den verkappten Abtrünnigen des „Bloc“ in Wirklichkeit ein Kampf um die Regierungsgewalt.

Frankreich.

Klosterwirtschaft. Der Prozeß in Tours gegen die Nonnen des „Zustichtlosters“ für verlassene Kinder und Mädchen, von dem wir gestern berichteten, ist nun zu Ende geführt. Der letzte Tag der Vernehmnehmung warf noch manche grellen Schlaglichter auf die Fürsorge, welche die frommen Schwestern ihren Höglingen zu teil werden ließen. Eine Jungin, die mit dem achten Jahre in die Anstalt eingetreten, mit dem 21. entlassen wurde, konnte weder lesen noch schreiben. Man war in der Anstalt nur darauf bedacht, aus der Arbeitskraft der Mädchen möglichst viel Profit herauszupressen. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitszeit bis zu 18 Stunden pro Tag währte. Bei der Entlassung wurden die Mädchen, obwohl sie durch ihre Arbeit dem Kloster viel Geld verdient hatten, meist ohne Mittel hinaudgewiesen in das Leben, wo ihnen, wie der Advokat Pérou, der für eine der Missethäterinnen den Prozeß angestrengt hatte, bemerkte, nur die Wahl blieb zwischen Selbstmord, Verbrechen oder Prostitution. Auch auf die Erblichkeitsverletzungen der Nonnen. Ein Mädchen, das bei ihrer Großjährigkeit eine Erbschaft von 1200 Fr. zu erwarten hatte, wollten die Nonnen nicht entlassen und gaben ihr schließlich auch nur 250 Fr. mit.

Der Staatsanwalt Richard ging der Reihe nach die in der „Erziehungsanstalt“ üblichen Straftaten durch bis zum „Todeskuß“, wie er das Zungenkreuzwachen nannte. Er verglich die Torturen mit den unter der Inquisition üblichen und wies nach, daß die Schwestern kein Recht hatten, beratige Strafen in Anwendung zu bringen. Die Verteidiger wissen nichts andres anzuführen, als die Entschuldigung, daß die edlen Schwestern geglaubt hätten, recht zu thun.

Das Urteil ist bis Sonnabend verlagert. Vor dem Justizpalast hatte sich eine ungeheure Menge angesammelt, so daß der Wagen mit den Angeklagten kaum aus dem Thore fahren konnte. Man säumte den Wagen und zertrümmerte die Fenster Scheiben. Es gelang der Polizei nur mit Mühe, die frommen Schwestern der Wut des Volkes zu entreißen.

Zur kirchlichen Verfassung des französischen Offizierscorps. Wie die nationalistischen Blätter aus Rennes melden, hat der Kommandeur des 10. Armeekorps, Basserie, welcher die gegen einen Unteroffizier wegen Duldung antiklerikaler Kundgebungen von seinem Oberst verhängte Arreststrafe aufgehoben hatte, nunmehr gegen den Oberst eine vierzehntägige Arreststrafe verhängt und den Truppen in einem Armeebefehl mitgeteilt, daß die Bestrafung des Unteroffiziers ungerechtfertigt gewesen sei. — Der pensionierte Hauptmann Janin, Untersuchungsrichter beim Kriegsgericht in Nantes, ist seines Amtes enthoben worden, angeblich, weil er in der Angelegenheit des Lieutenant Portier die Einstellung des Verfahrens beantragt hatte.

Rancy, 23. Juni. Bischof Turinaz forderte in der Kathedrale entgegen dem vom Ministerpräsidenten Combes erlassenen Verbot im Namen der Freiheit und des Geistes den Jesuitenpater Ravonnes auf, die Kanzel zu besteigen und zu predigen.

Der diplomatische Schriftwechsel zwischen Frankreich und dem Vatikan über das Vereingeseß ist gestern in einem Gelbbuch der Deputiertenkammer vorgelegt worden. Es sind 26 Schriftstücke, die sich besonders auf die Vorstellungen Delcassés beim Vatikan über die Haltung der französischen Prälaten beziehen. Unter anderem hat Delcassé im Januar 1900 auf die Unangemessenheit des Besuchs hingewiesen, den Kardinal Richard den Assumptionisten abstattete. Der französische Botschafter beim Vatikan Richard antwortete, daß der Papst dem Runtius Anweisungen habe zugehen lassen, die verhindern sollten, daß die politische Agitation unter den französischen Bischöfen sich ausbreite. Am Ende desselben Jahres richtete der Papst jedoch einen Brief an den Kardinal Richard, in dem er den Entwurf des Vereingeseßes tadelte. Im Januar 1901 nach der Eröffnung der Kammer schrieb Delcassé an Richard und erklärte ihm, daß die Regierung, um gute Beziehungen zu dem heiligen Stuhle aufrechtzuerhalten, zu allen mit dem Interesse der Republik vereinbaren Opfern bereit sei, sie müsse darin aber unterstützt werden.

Ueber die Wirkung der Veröffentlichung der Aktenstücke auf die Kammer wird der „Voss. Ztg.“ aus Paris geschrieben:

Das Gelbbuch über die Verhandlungen Delcassés mit dem Papst wegen der Ordensaufhebungen macht auf die republikanisch-geordneten einen peinlichen Eindruck, denn es läßt Waldeck-Rouffieu in seltsamen Licht erscheinen. Man findet den Freund gewundener unterirdischer Wege wieder, der die Amnestie erlassen und dadurch den Bischöfen und Weineidigen die Straflosigkeit verschafft hat. Während er der Kammer gegenüber als Gegner der Orden erscheinen wollte, gab er dem Vatikan beruhigende Versicherungen und verpfändete ungefähr sein Wort, daß in den Schulen die von früher her genehmigten Orden geduldet werden sollten.

Italien.

Die italienische Ministerkrise. Rom, den 21. Juni. (Eig. Ber.) Die Pseudokrise hat eine Pseudolösung erfahren. Trotz aller Anstrengungen ist es Zanardelli nicht geglückt, die Krise zu befeitigen und ein neues lebensfähiges Kabinett zu bilden; so tritt er vor die Kammer mit dem alten Ministerium, in dem er selbst das Interim des Innern, Rorin das Interim der Marine übernimmt. Die italienische Presse nennt das „ein Ministerium für die Wadesaison“, gerade dauerhaft genug, um den König nach Paris reisen zu lassen und Louvet in Rom zu empfangen.

Zu der Lösung ist mehr Methode, als es den Anschein hat. Zanardelli ist kein Transformist und konnte nur ein Ministerium der Linken bilden, was bei der notorischen Unfähigkeit der Politiker dieser Fraktion keine leichte Sache war. Selbst wenn der Ministerpräsident das Obium der politischen Elastizität hätte auf sich nehmen, und sich zur Rechten, zu Rudin und Sonnino wenden wollen, so hätte das die Lebensfähigkeit des Ministeriums eher vermindert als erhöht. Für die auf der Rechten gewonnenen Stimmen hätte er die auf der äußersten Linken verloren. So ist ihm denn während der Krise der Gedanke gekommen, die äußerste Linke der Kammer dem Ministerium zu sichern — daher die Versuche, Parcora, das Haupt der republikanischen Radikalen, und Sacchi, den An-

führer der monarchischen Radikalen mit einem Portefeuille zu beglücken. Aber auch hier war die Straße versperrt. Es konnte keine, auch nur provisorische Einigung erzielt werden, weil die Radikalen die Enquete über die Marineverwaltung forderten und die Verstaatlichung des Eisenbahnbetriebs. Da Zanardelli nicht nach rechts konnte — wie es heißt, hätte auch der König diese Frontänderung ganz entschieden abgelehnt — und nicht nach links, mußte er sich eben auf dem alten Feld einrichten, wo ihm doch die knappe Mehrheit des letzten Votums ziemlich sicher war.

Jetzt gilt es, sich das Budgetprovisorium bewilligen zu lassen, die Kammer in die Ferien zu schicken und abzuwarten. Zeit gewonnen, alles gewonnen. Wahrscheinlich wird während der Ferien Galimberti, der jetzige Postminister, das Ministerium des Innern, Ronchetti, Unterstaatssekretär des Innern, das Ministerium der Posten und Telegraphen übernehmen. Die Sache soll nach dem Votum vor sich gehen, damit nicht Galimberti dem Risiko einer dreitägigen Inhaberschaft des wichtigsten Portefeuilles ausgesetzt wird. Auch die Wahl der Staatssekretäre, die an Stelle Baccellis und Cortese treten, ist bis nach der Einberufung des Parlaments verschoben. Es sind 20 Aspiranten da. So lange diese hoffen, stimmen sie für das Ministerium — die unvermeidliche Enttäuschung könnte sie säkelt beraiten.

Für kommenden Mittwoch wird die Kammer einberufen. Ueber das Votum der Parteifraktion ist noch nichts bestimmt. Wahrscheinlich wird dem Kabinett auch ohne die sozialistischen Stimmen das Budgetprovisorium bewilligt. Und so wird die Politik sich einen Sommerurlaub leisten können, eine lange Siesta bis zum Herbst — die Abgabereform, die Justizreform, das Ehescheidungsprojekt, die Handelsverträge und die Eisenbahnkonventionen — Dinge, die das Leben des ganzen Landes angehen — können warten.

Dänemark.

Das Ergebnis der Folkethingwahlen giebt selbstverständlich zu mancherlei Erörterungen in der Presse der verschiedenen Parteien Anlaß. Am meisten charakteristisch für die Umwandlung der früher stark oppositionellen Linkenpartei ist die Haltung des einst so radikal-liberalen Organs „Politiken“, das früher mit anerkanntem-wertem Konsequenz die Sache der Demokratie und der Freiheit verteidigte, einige Monate vor den Wahlen aber bereits so weit nach rechts rückte, daß es die Pläne zur Gründung einer antisozialistischen Allianz eifrig unterstützte. Der Umstand, daß die Liberalen nicht mehr Mandate verloren haben trotz des Bruchs mit der Sozialdemokratie, wird von ihrer Seite als ein besonders günstiges Zeichen aufgefaßt. Bedenkt man jedoch, wie sehr sie sich um die Stimmen der Konservativen bemüht haben, wird man vielmehr von einem Plazzo für ihre Partei als von einem für sie günstigen Wahlausfall reden können. Am übelsten ist dem Kriegsminister Radjen mitgespielt worden. Er hatte die Kandidatur in Randers übernommen, nachdem 1200 Wähler des Kreises sich durch Unterschrift bereit erklärt hatten, für ihn zu stimmen, erhielt aber am Wahltag nur ca. 800 Stimmen.

Bröst man die Stimmenzahlen, die für die Parteien bei den Folkethingwahlen seit 1884 abgegeben wurden, so ergibt sich, daß nur bei der Sozialdemokratie eine beständige starke Zunahme von Wahl zu Wahl stattgefunden hat. Die Rechtenpartei hat seit 1890 beständig an Stimmen verloren und ist von 91 000 auf 50 000 gesunken, während die Linkenpartei von ihren 123 000 Stimmen, die sie bei der Wahl von 1890 erhielt, 1892 82 000 an die damals entstandene gemäßigete Linke verlor. Diese Partei aber erhielt bei der letzten Wahl nur noch 20 000 Stimmen, ist seitdem also zum größten Teil von der radikalen Linken aufgezogen worden. So erscheint denn die Sozialdemokratie mit ihrer im Lauf dieser Jahre ununterbrochenen Stimmenvermehrung (von 6800 auf 55 000 Stimmen) als die einzige aufstrebende Partei.

Bemerkenswert ist es auch, daß die liberale Partei gerade in den Städten im Rückgang begriffen ist. Das liberale „Dorlands Folleblad“ schreibt hierüber: „In einer Reihe größerer Kaufstädte, wo die Linke Kandidaten aufstellte, war das Resultat mehr als kümmerlich. Das gilt von Ålborg, Randers, Århus und Horsens. Auch Slagelse ging der Linken verloren.“ — Die liberale Partei ist jetzt noch mehr als früher eine Partei der Landleute geworden und das neue Folkething trägt in seiner Mehrheit einen agrarischen Charakter, freilich nicht im Sinne unserer deutschen Agrarier, denn die dänischen Landleute sind nach wie vor Gegner des Schutzzollsystems.

Serbien.

Die Thronbesteigung Peters I. gewinnt immer mehr den Charakter der Fosse. Die Abfahrt der neuen Majestät von Genf gestaltete sich unter Mitwirkung des höheren bürgerlichen Genfer Janhagels zu einer heiteren Komödie. Der „Germania“ wird darüber berichtet: „Der Abschied gestaltete sich zu einer gewaltigen Kundgebung der Genfer Bevölkerung für ihren langjährigen Gast. Als die lange Reihe Zweifspanner mit dem König im ersten Wagen und dem Sekretär, den Offizieren und Delegierten in den folgenden Gespannen heranfuhr, begann ein endloses Huteschwanken und Hochrufen; der König und die übrigen Inhabern der Wagen mußten nach allen Seiten hin die Gräße erwidern. Der Hofzug bestand aus sieben Wagen. Der König nahm mit seinem Sekretär, dem General Popowitsch und dem Senatspräsidenten im Salonwagen Platz, die Delegierten in den folgenden beiden Wagen und dem Restaurationswagen. Als der Zug sich in Bewegung setzte, brach der Begeisterungssturm von neuem los. Die Polizei war machtlos, die Menge durchbrach den Korridor und drängte sich direkt an die Wagen heran. „Vive le roi!“ tönte es aus allen Reihen. Der König lehnte sich weit über die Fensterbrüstung hinaus, teilte zu wiederholten Malen Handflüsse aus und rief dreimal: „Vive la Suisse!“

Ueber die Absichten des jetzigen serbischen Kabinetts wird der „Voss. Ztg.“ aus Belgrad berichtet: „Zwei Tage nach der Ankunft des Königs Peter reicht das Ministerium seine Entlassung ein, wobei es dem König einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse der letzten Wochen vorlegen wird. Der vom Kriegsminister Atanasjowitsch verfaßte Vossus dieses Berichtes über die Offiziersverschwörung und die Ermordung des Königs-paares erklärt, sich auf Aussagen der übernommenen Offiziere zu stützen, und stellt den Sachverhalt folgendermaßen dar: Die Offiziere hätten keineswegs die Absicht gehabt, das Königspaar zu töten. Man habe dieses vielmehr nur gefangen nehmen und zu Wagen nach einer benachbarten Ortschaft bringen wollen, um es dort zur Abdankung zu zwingen. Als aber der Generaladjutant Petrowitsch die Offiziere eine volle Stunde im Konal irre geführt hatte und als der den Generaladjutanten begleitende Unteroffizier aus einer Kirche in der Vorhalle des Konals plötzlich auf die Offiziere schon habe sich der Verschwörer so ungeheure Blinde Nutbemächtigt, daß die Ermordung des Königspaares erfolgte.“

Der „ausführliche Bericht“ liefert eine prächtige Ergänzung zu der Verlogenheit, der sich seit der Schredensnacht das jetzige Ministerium befleißigt.

Türkei.

Die Gärung in Macehonien hat in letzter Zeit trotz aller gegenwärtigen türkischen Versicherungen keineswegs abgenommen. Nach übereinstimmenden Konsularmeldungen dauert das Vandalenunwesen und das Treiben des Komitees im Vilajet Adrianopel fort. Im Dorfe Klaman, Kreis Nahi-Tschelebi, wurde durch eine Bande von acht Personen das Haus eines Dorfbesizers belagert, das Haus mit Dynamit gesprengt, der Hausbesitzer getötet, die Frau verwundet und das Haus ausgeraubt. Die Grenzbeobachtung im Sandtschal Kir-Missa wurde verstärkt, um den Vandalenverritt und die Auswanderung nach Bulgarien zu verhindern. 200 Einwohner des Dorfes Burgadtschil sind mit ihrer gesamten Habe ausgewandert, wobei mit der türkischen Grenzwahe ein unblütiges Gefecht stattfand.

Kommunales.

Der Ausschuß der Stadtverordneten-Versammlung, welcher zur Beratung der Mißstände in der fiskalischen Abbederei eingesetzt ist, hielt gestern Abend eine Sitzung. Allseitig wurde die Antwort des Postpräsidiums als völlig unbefriedigend bezeichnet. Aber auch die Stellungnahme des Magistrats ist eigenartig, denn es sind gerade in den letzten Jahren in einer ganzen Reihe von Städten Apparate zur technischen Verwertung des beschlagnahmten Fleisches aufgestellt, die in Bezug auf Geruchlosigkeit usw. befriedigend arbeiten. Die Gründe, aus denen seiner Zeit die Ausstellung eines solchen Apparates auf dem städtischen Viehhof von dem Handelsminister verboten wurde, sind also jetzt fortgefallen. Selbst wenn aber die Ausstellung eines solchen Apparates auch heute nicht genehmigt würde, so müßte eben doch die Stadt — zur Vermeidung der Schäden, welche die Zustände der Abbederei für die Gesundheit der Berliner Bevölkerung herbeiführen können — einen Verbrennungs-Ofen nach dem Muster der Reichen-Verbrennungsöfen errichten, gegen den irgend welche Bedenken gewiß nicht geltend gemacht werden könnten. Schließlich wurde beschlossen, daß der Magistrat ersucht werden soll, nach den Städten, in denen Fleischverwertungs-Apparate bereits aufgestellt sind, Delegierte zu entsenden, die sich persönlich davon überzeugen sollen, wie die Anlagen funktionieren. Nach Eingang des Berichts dieser Delegierten soll der Ausschuß wieder zusammentreten.

Prozeß wegen Beleidigung des Hofpredigers a. D. Stöder.

Königsberg, 23. Juni.

Der bereits mehrfach verlagte Prozeß wegen Beleidigung des Hofpredigers a. D. Stöder, der ein kleines Nachspiel zu dem im Juni 1885 vor der zweiten Strafkammer des Königl. Landgerichts Berlin I verhandelten Prozeß Stöder-Wäcker bilden dürfte, fand heute (Dienstag) vor der ersten Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts statt und dürfte diesmal bestimmt zu Ende geführt werden. Der hier erscheinende sozialdemokratische „Ostpreussische Landbote“ enthielt in Nr. 24 vom 15. Dezember 1901 einen Artikel, in dem eine Reichstagsrede des Hofpredigers Stöder zum Gegenstande der Kritik gemacht wurde. Es hieß in diesem Artikel: „Wißt Ihr, lieben Leser, wie dieser Stöder im Reichstag schon hundertmal genannt worden ist, ohne daß er sich dagegen wehren kann? Weineidspaffel! Diefem Menschen ist nämlich nachgewiesen, daß er als Zeuge vor Gericht unter seinem Eide Dinge behauptet hat, die nicht wahr waren. Ins Zuchthaus hat man den Mann, der damals Hofprediger war, nicht geschickt. Wir möchten nicht unter denselben Umständen, wie Stöder, von der Wahrheit abweichen. Das Zuchthaus, das Stöder schon mit dem Kermel streifte, wäre uns gewiß, wie schon andere Leute wegen weniger schlimmer Dinge hineingeschickt wurden.“ Aus diesem Anlaß stellte Hofprediger D. Stöder gegen den verantwortlichen Redakteur des „Ostpreussischen Landboten“, Gustav Kofke, Strafantrag. Kofke hat sich daher wegen öffentlicher Beleidigung des Hofpredigers Stöder, auf Grund der §§ 185, 186 und 200 des Strafgesetzbuches (formaler Beleidigung und Behauptung nicht erwiesener Thatfachen), die geeignet sind, den Beleidigten verächtlich zu machen usw.) vor eingangs bezeichnetem Gerichtshofe zu verantworten. Die Verteidigung des Angeklagten führt der bisherige Reichstagsabgeordnete Rechtsanwalt Gause-Königsberg in Preußen. Auf dessen Antrag sind die Akten des Stöder-Wäcker-Prozesses eingefordert und außerdem beschlossen worden: den Reichstagsabgeordneten Hofprediger a. D. Stöder, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Franz Zupauer und den Stadtverordneten Ewald-Berlin als Zeugen zu laden.

Hofprediger Stöder hat sich dem Strafverfahren als Nebenkläger angegeschlossen und den Rechtsanwalt Meyer (Litzki) als Rechtsbeistand gewählt.

Ueber den Verlauf des Prozesses liegt uns zur Zeit nur eine Meldung des „Vossischen Bureaus“ vor, in der es heißt: Stöder, Zupauer und Ewald werden unter Aussetzung ihrer Berechtigung vernommen und nach ihrer Vernehmung verurteilt. Stöder bestreitet, daß er versucht habe, Sozialdemokraten für seine Partei zu gewinnen; er gebe aber die Möglichkeit zu, daß ein Mann namens Kraus von ihm beauftragt war, Ewald zu besuchen und ihn für seine Partei zu gewinnen. Der Staatsanwalt hält den Wahrheitsbeweis für vollständig mihlungen und beantragt drei Monat Gefängnis.

Der Gerichtshof erkannte auf die beantragte Strafe von drei Monaten. Er nahm an, daß Stöder in dem Prozeß Ewald objektiv etwas Unwahres gesagt habe, es sei aber in keiner Weise erwiesen, daß er wissenschaftlich oder fahrlässig einen Meineid geleistet habe. Mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung sei wie geübt erklart worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Auf zur Stichwahl! Zu der Versammlung, die gestern Abend im „Tiergartenhof“ am Bahnhof Tiergarten tagte, hatte sich eine außerordentlich große Anzahl von Wählern eingefunden. Die beiden Säle waren bis zum letzten Stiehlplatz gefüllt, vermochten aber bei weitem nicht alle zu fassen, die Einlaß begehrten und es kostete Mühe, die vom Garten aus vordringende Menge zurückzuhalten. Der Kandidat Dr. Kronz, der zunächst das Wort erhielt zu einer Ansprache an die Wähler, beleuchtete treffend die Dienste, die die freisinnige Volkspartei der Reaktion leistet und die perfide Art, wie sie den Wahlkampf führt. Der Redner ließ ein illustriertes freisinniges Flugblatt in der Versammlung herumreichen, damit sich jeder der Anwesenden von der Wichtigkeit jenes Urteils überzeugen konnte, und sprach die Ueberzeugung aus, daß namentlich die beiden letzten im ersten Wahlkreise verbreiteten Flugblätter durch das Uebermaß, was darin an Verleumdung geleistet wird, die einsichtigen Wähler gerade veranlassen werden, für die Sozialdemokratie zu stimmen. — Nach diesen mit stürmischem Beifall begrüßten Ausführungen nahm Reichstags-Abgeordneter Heine das Wort, gab eine gründliche Kritik unrer politischen Zustände und geißelte das erbärmliche Verhalten der freisinnigen Volkspartei. Er schloß mit dem Hinweis, daß gerade der Kandidat Dr. Kronz als Gelehrter ein Opfer der Unfreiheit geworden ist, die in Deutschland herrscht, und zwar wegen seiner politischen Ueberzeugung, und daß es der beste Protest gegen diese Unfreiheit ist, wenn die Wähler gerade ihm ihre Stimmen geben. — Gegner verlangten das Wort nicht. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

Ein Jahr Gefängnis

wegen Majestätsbeleidigung erhielt am Dienstag unser Genosse Radlof in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur der „Pofener Volks-Zeitung“. Außerdem wurde sofortige Verhaftung verfügt. Die Beleidigung soll enthalten sein in einer Notiz, welche die Vergnadigung des Schulmädchens kritisiert, welches in Posen wegen Majestätsbeleidigung verurteilt worden war. Dieser Vergnadigung waren andre zum Vergleich gegenüber gestellt. Die Verhandlung war nicht öffentlich. In der öffentlich gegebenen Begründung hob der Gerichtshof hervor, daß der Ausfall der Wahlen keinen Einfluß auf die Höhe der Strafe gehabt habe, daß jedoch die vergiftende Thätigkeit der sozialdemokratischen Presse scharf gesühnt werden müsse.

Genosse Radlof ist noch nicht rechtskräftig verurteilt.

Partei-Nachrichten.

Das internationale sozialistische Bureau hält seine nächste Sitzung am 20. Juli, 9 Uhr vormittags, im Brüsseler Volkshaus ab. Tagesordnung:

- 1. Bericht des Sekretariats.
2. Der internationale Sozialistenkongress in Amsterdam.
3. Internationale Politik.
4. Ausdehnung des Arbeiterkampfes auf fremde Arbeiter und die sozialdemokratische Bewegung in Frankreich.
5. Die macedonische Frage.

Einen schönen Achtungserfolg errangen unsere Lüberder Genossen bei der Ergänzungswahl zur Bürgererschaft im ersten Bezirk. Unsere Stimmen blieben nur ganz wenig gegen die des Bürgerturns zurück.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ueber eine Nahezeit sondergleichen, begann die „Freie Presse“ in Eibersfeld seiner Zeit einen Artikel, in dem ein Fabrikant der Röhrenfabrikation eines Arbeiters angeklagt wurde. Der Fabrikant mußte sich dieses Falles wegen denn auch später vor dem Schöffengericht verantworten, erzielte aber seine Freisprechung.

Zu drei Tagen Gefängnis wurde der Redakteur der „Reichischen Volkszeitung“, Genosse Feustel, vom Schöffengericht in Greiz verurteilt, weil er einen Fabrikanten beleidigt haben soll.

Aus Industrie und Handel.

Prozess Lieblich-Govo.

In dem gegen den Rechtsanwalt Max Lieblich I und den Agenten Govo geführten Prozeß, der in den letzten Tagen die dritte Strafkammer des hiesigen Landgerichts I beschäftigte, fand heute die Verlesung des Urteils statt. Die Anklage lautete, wie schon früher mitgeteilt worden ist, auf gemeinschaftlichen Betrug und Erpressung.

Nach längerer Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil: Was die Anklage wegen des gemeinschaftlichen Betruges angeht, so hat der Gerichtshof das Vorliegen eines solchen nicht für erwiesen erachtet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik bei Mehlisch führte am Montagabend zu einer erneuten lebhaften Auseinandersetzung zwischen dem Metallarbeiter-Verband und den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

Heil dir, Sachsens Proletar!
Strick um Strick hat dich umtunden,
Den die Niedertracht geschunden.

Bittermeier in Berlin!
Armer Kerl, dich so zu graulen!
Lehnt an Otto dich, den faulen!

Reuer Hansabund! Im Flug
Kun zu dir, du Hort des Ruhmes,
Wo der Sturm des Proletentums

Hochfeudal und riesenstark!
Hört ihr Preußen Junker schnarren:
„Weh! Bei mir im Anarchistenschnarren

Der Andrang zu der von beiden Organisationen etwa gleich stark besuchten Versammlung war so groß, daß der geräumige Saal schon um 7 1/2 Uhr polizeilich abgeperrt werden mußte. Hunderte fanden infolgedessen keinen Einlaß mehr. Bei einem großen Teile der Versammlungsbesucher war anfangs die Meinung vorherrschend, es würde an diesem Abend eine gegenseitige sachliche Aussprache über die bei dem Mehlischschen Streik etwa gemachten taktischen Fehler stattfinden und dann Mittel und Wege in Vorschlag gebracht werden, die Folgen derselben wieder auszugleichen.

Tarifbewegung der Kontobucharbeiter. Eine öffentliche Kontobucharbeiter-Versammlung, die auch von den Arbeiterinnen zahlreich besucht war, fand am Montag im Gewerkschaftshause statt, um über die an die Arbeitgeber zu stellenden Tarifforderungen zu beraten.

Also drohnet Schlag um Schlag,
Also hat der Sturm bezwungen
Selbst der Dismark Niederungen.

Sei gepriesen, wilder Tag,
Sei gegrüßt, du roter Regen,
Der so reichen Ernteseigen

Welch ein Laut! Germania!
Endlich mitterliche Töne?
Stehn die ungeratnen Söhne

Harte Kämpfe hatten dein!
Wander Schmach ist noch zu wehren,
Ranches Unkraut auszukehren.

Deutsches Gewitter.

Sei! Das ist ein Wirbelwind!
Hui! Wie die Pagoden zittern!
Und wie selbst an Kerkerzittern

Seht, im Westen hebt es an,
Fürchterlich, das rote Wetter!
Heißer Sturm, wo ist der Retter,

Wahren, Franken, Schwabenland,
Heil! Welch ein wildes Wirren,
Wie die Fledermäuse schwirren.

langt. — Die Vorschläge der Tarifkommission wurden mit kleinen Änderungen von der Versammlung gutgeheißen. Sie sollen nun samt dem Accordtarif, der unter Beihilfe der in Betracht kommenden Spezialarbeiter sehr genau ausgearbeitet wurde, der Vereinigung der Berliner Geschäftsbuch-Fabrikanten übermittelt werden.

Zur Lohnbewegung der Maßschuhmacher.

Seit sieben Wochen befinden sich jetzt die Maßschuhmacher Berlins wegen Lohnforderung im Ausstand. Durch die Koalition der Arbeitgeber hat sich der Kampf überaus hartnäckig gestaltet. Es handelt sich für diese nicht mehr um die Bewilligung der Lohnforderungen, sondern um das Bestreben, die Arbeiterschaft ein für allemal zurückzuwerfen. Da gerade in letzter Zeit von den Arbeitgebern besonders betont wird, daß es ihnen nicht möglich sei, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen, so fühlen wir uns demgegenüber veranlaßt, die Verhältnisse klarzulegen.

Vom Streik betroffen sind nur die Geschäfte, welche für die am besten gestellten und höchsten Gesellschaftskreise arbeiten. Die Geschäftsinhaber erzielen Preise von 25—35 M. und darüber für ein Paar Stiefel, während der Arbeitslohn nach den bisher gültigen Lohnsätzen 6—7,50 M. beträgt. Die Ausständigen verlangen einen Lohnaufschlag von 20 Proz. für Damen- und 15 Proz. für Herrenarbeiten. Wie gerechtfertigt die Forderungen sind, geht zur Genüge aus einer im vergangenen Jahre vom Verein deutscher Schuhmacher unter den Maßschuhmachern aufgenommenen Lohnstatistik hervor, nach welcher ein Durchschnittsverdienst von wöchentlich 20,68 M. auf jeden Arbeiter entfällt. Nach dem neuen Tarif würde sich der Durchschnitts-Wochenverdienst auf 3—4 M. steigern. Gewiß kein zu hoher Verdienst, wenn man berücksichtigt, daß die Arbeiter, welche durchweg hausindustriell beschäftigt werden, auch noch die Journaturen, welche eine Ausgabe von 1 M. wöchentlich verursachen, zu tragen haben. Es handelt sich hier um eine Kategorie von Arbeitern, an deren Arbeitsleistung hohe Anforderungen gestellt werden, und die ihre Fähigkeiten erst in jahrelanger Übung erwerben mußten. — Die Ausständigen sind deshalb fest davon überzeugt, daß es den Arbeitgebern nicht möglich ist, Ertrag durch Arbeitswillige herbeizuschaffen. Unter großem Kostenaufwand haben die Herren versucht, selbst aus dem Auslande Arbeitskräfte herbeizuschaffen. Zwei kostspielige Reisen nach Wien hatten denn auch das Ergebnis, daß ganze vier Mann angeworben wurden. Und diese vier Arbeitswilligen konnten auch nur zur Reise nach Berlin veranlaßt werden, indem man ihnen erklärte, daß der Streik erledigt wäre. Als sie hier den wahren Sachbestand erfuhr, zogen sie es vor, sich mit ihren Kollegen solidarisch zu erklären und wieder abzureisen. Es ist übrigens durchaus verwirrend, daß Arbeitgeber mittellose Arbeiter unter Verschweigung der wahren Sachlagen zur Reise nach dem Auslande veranlassen.

Die Situation ist gegenwärtig eine hochgespannte und für die Arbeitgeber eine äußerst kritische. Sie haben die Arbeiter bis aufs äußerste aufgeschoben, doch die naheende Reisezeit drängt zur Erledigung der Forderungen. Aus einigen Zuschriften, welche uns zugehen, können wir ersehen, daß in letzter Zeit die Arbeitgeber selbst bemüht sind, die nötigsten Arbeiten außerhalb, in den größeren Städten Deutschlands und des Auslandes anfertigen zu lassen. Wir richten deshalb an alle Schuhmacher und die Organisationen derselben das dringende Ersuchen, überall an den Plagen des In- und Auslandes, welche für Anfertigung von feiner Makarbeit in Betracht kommen, peinlich darauf zu achten, daß keine Streikarbeit für Berliner Maßgeschäfte angefertigt wird.

Im Auslande befinden sich gegenwärtig noch 238 Personen, durchweg Arbeiter der besseren Geschäfte und der Kern der organisierten Maßschuhmacher.

Zuschriften eruchen wir an untenstehende Adresse zu richten: G. Herrmann, Bureau des Vereins Deutscher Schuhmacher, Berlin, Rahmannstr. 10.

Die arbeiterfreundlichen Blätter des In- und Auslandes werden um Abdruck ersucht.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung in Hannover. Der Regierungspräsident bemüht sich, eine Einigung zwischen den Arbeitern und den Unternehmern herbeizuführen. Er hatte am Montag eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiter, die natürlich zu Verhandlungen bereit sind. Der Regierungspräsident will nun die Arbeitgeber veranlassen, sich über die Bedingungen zu äußern, unter denen eine Einigung mit Aussicht auf Erfolg angebahnt werden kann. — Der Stand des Zimmererstreiks wird als ein günstiger bezeichnet. 100 Streikende sind abgereist, 120 arbeiten zu den neuen Bedingungen, 240 sind ausständig.

Die Mainzer Bauunternehmer haben mit der Werbung von Arbeitswilligen an Stelle der von ihnen Aussperrten wieder einmal eine arge Enttäuschung erlebt. Am Montag erwarteten sie einen größeren Trupp Streikbrecher, die sie auswärts angeworben hatten. Polizei und Gendarmen waren in hellen Haufen angeordnet und eine hundertköpfige Menge Neugieriger staute sich vor dem Bahnhofe. Der Zug lief in die Halle und es entfielen ihm — fünf- und zwanzig ausgesperrte Mainzer Maurer! Den Mainzer Maurern war es gelungen, die erwarteten Streikbrecher von ihren Vorhaben abzuhalten. Unter ungeheurer Heiterkeit der Menge zogen Unternehmer und Polizei ab.

Ausland.

Ein schwerer Konflikt zwischen Arbeit und Kapital steht im Hafen von Genua bevor. Aus Rom, den 21. Juni, wird uns geschrieben: Die Schauerleute im Kohlenhafen haben im März des vorigen Jahres mit den Kohlenhändlern auf 15 Monate einen Kollektivvertrag geschlossen, in dem sich die Unternehmer verpflichteten, nur in der Gewerkschaft organisierte Schauerleute einzustellen und zwar ohne Verwendung der bisher üblichen Vermittler. Die Ge-

werkschaft, die sich als Arbeitsgenossenschaft rechtlich eintragen ließ, stellte eine Kaution von 70 000 Lire, verpflichtete sich für die Dauer des Vertrages keine Arbeitseinstellungen einzutreten zu lassen und keine Erhöhung der Löhne (Accordlöhne) zu fordern. Beide Teile schienen mit dem Kontrakt zufrieden; die von Unternehmern und Arbeitern gewählte Kommission brachte alle Streitfragen zu befriedigendem Austrag. Nun haben trotzdem die Unternehmer am festgesetzten Termin den Vertrag gekündigt und lehnen die Schließung eines neuen Vertrages ab. Sie erklären, freie Wahl bei der Einstellung der Arbeitskräfte haben zu wollen, und sollen gegen 2000 Streikbrecher angeworben haben. Vom 1. Juli an (am 30. Juni läuft der Vertrag ab) werden sie organisierte und unorganisierte Arbeiter einstellen, je nach Gutdünken. Die machtvolle Organisation der genuesischen Hafenarbeiter hat erklärt, den gegen die Gewerkschaften geführten Schlag parieren zu wollen. Es handelt sich im Kohlenhafen allein um etwa 4000 Arbeiter, die nicht Lust haben, sich die schwer erlängten Vorteile ruhig wieder nehmen zu lassen. Die Unternehmer haben die ausländischen Kohlenhändler aufgefordert, im Juli und August in Genua keine Kohlen zu löschen. Die Behörden sehen mit großer Sorge der Entwicklung der Dinge zu, ohne den Starrsinn der Kapitalisten beugen zu können.

Sociales.

Eine ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt

wird vom Reichsamt des Innern in Charlottenburg, Rauchhofstr. 11, eingerichtet. Wenn sie dem Publikum zugänglich gemacht wird, wissen wir nicht; nach den durch mehrere Blätter gegangenen Nachrichten müßten wir annehmen, daß sie bereits eröffnet sei. Als wir uns aber in dieser Annahme nach dem Ausstellungsgebäude begaben, gelang es uns nicht, Einlaß zu finden oder irgend jemand mit der geschäftlichen Leitung vertrauten zu sprechen. Nur ein zehnjähriger Knabe erschien am verschlossenen Gitter und teilte uns, nachdem er mehrmals im Hause verschunden war, um Erkundigungen einzuziehen, mit, es sei niemand von den beteiligten Herren anwesend, und wann die Ausstellung eröffnet werde, wisse er nicht.

So wie uns, erging es auch einigen andern Herren. Wir warnen daher, den etwas weiten Weg nach Charlottenburg anzutreten, bevor der Öffnungstermin authentisch bekannt ist. Sobald wir Gelegenheit haben werden, die Ausstellung, die wie wir hören Ende voriger Woche bereits besichtigt werden konnte, in Augenschein zu nehmen, werden wir eingehender darüber berichten. Wir hegen von vornherein keinen Zweifel, daß viele Einrichtungen vorgeführt werden, die zum Schutze und Wohle der Arbeiter gereichen müssen — wenn sie eingeführt würden. Damit hapert es freilich sehr bedenklich. Zweifellos bemüht man sich im Reichsamt des Innern in redlicher Weise in der bewegten Richtung, liegt es ja in der Natur des Menschen, wofür er nicht ganz unsumftig ist, der Tätigkeit, die er von Berufs- und Amtswegen ausübt, auch ein selbständiges Interesse abzugewinnen. Aber gerade darum ist auch in andern Zweigen der Verwaltung das kräftige Streben vorhanden, die Arbeiter niederzuhalten und die Arbeiterorganisationen, die einzigen Körperschaften, die für eine wirksame Durchführung des Arbeiterrechtes zu sorgen im stande sind, zu zerstören.

Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt auf der einen Seite — auf der andern: Versammlungsverbote an den Metallarbeiter-Verein, weil die Arbeiter in einer Fabrik (Reichs) streiten. Jährwahr, das sind zwei Erscheinungen, welche den zwiespältigen Geist in unserer Regierung deutlich zeigen. Noch ist der Volkegeist der stärkere, die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, ihn zu erlösen.

Ueber den Arbeitsmarkt im Monat Mai berichtet die Nr. 3 des „Reichs-Arbeitsblattes“: Während der Monat April im allgemeinen ein leichtes Abflauen der Beschäftigung oder einen Stillstand aufwies, hat die Beschäftigung der hauptsächlichsten Industrien sich im Monat Mai wieder, wenn auch nur unbedeutend, gehoben. Die leichte Besserung in der Metallindustrie vor allem hat angehalten, der Steinlohlenbergbau war in befriedigender Weise beschäftigt und die Textilindustrie wies meist noch günstige Verhältnisse auf, wenn auch die Steigerung der Rohstoffpreise für Baumwolle für die Zukunft Arbeitseinschränkungen besürchten läßt. In einzelnen Industrien ist das im Sommerhalbjahr übliche Nachlassen der Beschäftigung eingetreten. Die an die Verichterstattung des „Reichs-Arbeitsblattes“ angeschlossenen Krankenkassen zeigen nur eine verhältnismäßig schwache weitere Zunahme des Beschäftigungsgrades, nämlich um 55 133 (gegen 94 718 im April). Der Verkehr an den Arbeitsnachweisen hat sich teilweise gehoben, insbesondere sind in Süddeutschland zum Teil bessere Vermittlungserfolge erzielt worden.

Kommunale Arbeitsnachweinstellen. Nach der als Beilage zu Nr. 12 des „Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung“ veröffentlichten Uebersicht über die in Preußen vorhandenen kommunalen oder mit kommunaler Unterstützung betriebenen allgemeinen Arbeitsnachweinstellen nach dem Stande vom 1. Januar d. J. weist die Zahl und Wirksamkeit dieser Stellen eine nicht unbedeutliche Steigerung auf. Die Zahl der Arbeitsnachweise, von denen eine Reihe schon länger bestehender, mit Naturalverpflegungsinstitutionen verbundener Vermittlungsstellen erstmalig in der vorliegenden Uebersicht aufgeführt ist, betrug am 1. Januar 1903: 263 gegenüber 222 am 1. Januar 1902 und 204 am 1. Januar 1901. Davon sind 185 kommunale Arbeitsnachweise neben 78 anderen, mit kommunal unter anderen die Arbeitsnachweinstellen in Memel, Brandenburg, unter anderen die Arbeitsnachweinstellen in Memel, Brandenburg, St. Johann und Weihenfeld. Vermittelt wurden im abgelaufenen Jahre bei 294 391 Gesuchen von Arbeitgebern und 498 624 Gesuchen von Arbeitnehmern im ganzen 221 263 Stellen, gegenüber 262 035 Gesuchen von Arbeitgebern, 426 279 Gesuchen von Arbeitnehmern und 191 847 vermittelten Stellen im Jahre 1901. Die

Zahl der vermittelten Stellen, die in den Jahren 1897: 104 307, 1898: 122 120, 1899: 160 643 und 1900: 185 917 betrug, hat sich sonach im Laufe der letzten Jahre ständig in erfreulicher Weise gehoben. Mehr als 10 000 Stellen haben im letzten Jahre vermittelt die Arbeitsnachweise in Berlin (30 534 Stellen), Köln (22 227 Stellen) und Frankfurt a. M. (22 072 Stellen). 10 000 bis 5000 Stellen haben vermittelt die Nachweinstellen zu Erfurt (9146 Stellen), Posen (8273 Stellen), Wiesbaden (7368 Stellen), Weisla (6291 Stellen), Magdeburg (6239 Stellen), Kiel (5598 Stellen), und Barmen (5172 Stellen).

Eine Zusammenstellung der Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ganzer Berufe beabsichtigt das kaiserliche statistische Amt vorzunehmen. Das Amt bittet deswegen die beteiligten Arbeitgeber und Arbeiterkreise, ihm die in ihrem Gewerbe bestehenden Tarife in einem Exemplar einsenden zu wollen.

Bei der Vergabe von Staatsarbeiten und Lieferungen für Behörden haben sich infolge des ja fast allgemein herrschenden Submissionswesens oft schwere Mißstände herausgestellt. Um in dieser Beziehung wenigstens einigermaßen Wandel zu schaffen, hat das Gewerkschaftskartell in Göttingen an den Göttingischen Landtag eine Petition gerichtet, in der gefordert wird, daß bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen die Behörden angewiesen sind: 1. der Aufnahme von Streiklauseln nicht stattzugeben; 2. die Erteilung eines Auftrages ist davon abhängig zu machen, daß, soweit Tarifgemeinschaften oder ähnliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, die Unternehmer an die in diesen Vereinbarungen festgesetzten Bedingungen zu binden sind; 3. soweit solche Vereinbarungen aber nicht bestehen, Angebote von Unternehmern, in deren Betrieben eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit eingeführt ist, oder die Löhne gegenüber den in dem Gewerbebezweige sonst üblichen Durchschnittslöhnen zurückstehen, von der Berücksichtigung auszuschließen; 4. bei der Erteilung des Zuschlages die in den Betrieben der einzelnen Bewerber geltenden Arbeitsbedingungen im Sinne einer Bevorzugung an die günstigere Arbeitsbedingungen gebenden Betriebe mit zu berücksichtigen; 5. Betriebe, in denen Lehrlingszuchterei, d. h. unverhältnismäßige Beschäftigung von Lehrlingen besteht, sind nicht zu berücksichtigen; 6. Arbeiten, die in Werkstätten hergestellt werden können, dürfen nicht in Heimarbeit vergeben werden; 7. es sind in erster Linie inländische Arbeiter zu beschäftigen; Beschäftigung anderer Arbeiter darf nur zu den gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen stattfinden; 8. Unternehmer, die die vertragmäßigen Verpflichtungen nicht erfüllen, werden zeitweise oder dauernd von den staatlichen Arbeiten ausgeschlossen; 9. in die Ausschreibungen, sowie in die abzuschließenden Verträge sind diejenigen Bestimmungen aufzunehmen, welche zur Durchführung der Maßregeln in Ziffer 1 bis 8 erforderlich sind, sowie die Einhaltung der von den Unternehmern gegenüber ihren Arbeitern übernommenen Verpflichtungen zu überwachen; 10. die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Werte von unter 500 Mark erfolgt aus freier Hand nach einer im voraus aufzustellenden Liste der Bewerber im regelmäßigen Turnus; soweit angängig, sind die Preise für Lieferungen alljährlich im voraus festzustellen und bei Vergabe nach Möglichkeit festzuhalten; 11. bei Arbeiten bis zu 5000 Mark erfolgt der Zuschlag an denjenigen, dessen Angebot dem aus der Summe aller Gebote sich ergebenden Mittelpreis — nach unten gerechnet — am nächsten kommt. Angebote, welche 20 Prozent über oder unter dem Kostenanschlag, oder dem Mittelpreis stehen, bleiben unberücksichtigt.

Eingegangene Druckchriften.

- Dr. Georg Kieferlein. Die Alkoholfrage und ihre Lösung. Preis 5 Pf. Verlag von Oskar Kofelowski, Berlin N., Schlemmerstr. 19.
- Paul Auerbach. Das Jeth-Bert und die Karl Jeth-Stiftung in Jena. 124 Seiten. Jena 1903. Gustav Fischer.
- Leitfaden für deutsche Einwanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika. 100 Seiten. New York, Broadway 13.
- Adelheid v. Bennigsen. Exzellente Bädung in Haus und Schule. Preis 50 Pf. Verlag von Edm. Runge in Groß-Lichterfelde-Berlin.
- Die Lohn-, Arbeits- und sanitären Verhältnisse der Bäcker-Arbeiter Jürichs. Preis 25 Cts. Jürich 1903. Konsumtionsrat der Genossenschaft.
- Neuer Jahresbericht der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter zu Leipzig für das Jahr 1902. 23 Seiten. Druck von Bär u. Hermann in Leipzig.
- Konrad Agald. Geleh. betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903. Preis 90 Pf. Verlag von Gustav Fischer. Jena 1903.
- Greeben, Albers. Im Kampfe um die Epistola! 30 Seiten. Druck G. Ebering, Berlin NW. 7, Mittelstr. 29.
- Eine Abenteurerin auf dem serbischen Throne. Von einem serbischen Staatsmann. Preis 1 M. Jürich 1903. Verlag von Casar Schmidt.
- Theodor Wolff-Thüring: Wilhelm II. Eine kritische und Charakter-Studie, 36 Seiten. Jürich 1903. Verlag von Casar Schmidt.

Witterungsübersicht vom 23. Juni 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. H.	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F. H.
Swinemünde	767	SW	3	bedeckt	14	Saparanda	758	NO	1	bedeckt	14
Danzburg	760	SW	2	bedeckt	13	Petersburg	758	SW	1	bedeckt	16
Berlin	768	SW	3	bedeckt	13	Corf	762	SE	3	Regen	13
Frankfurt a. M.	768	W	5	wolkenl.	11	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	768	NO	5	bedeckt	11	Paris	768	O	2	wolkenl.	12
Wien	764	SW	4	bedeckt	12						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 24. Juni 1903. Etwas wärmer, trocken und vorwiegend heiter bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Theater.
Mittwoch, den 24. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Operntheater. Madame Scherz.
Deutsches. Donna Anna. Westen. Alt-Heidelberg.
Central. Die und Vokal.
Westend. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Balle.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater). Berlin, wie es weint und lacht.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater). Der grüne Kalaba. Abchied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.
Berliner. Die weiße Dame.
Neues. Arche Noah.
Thalia. Karl Fiedler.
Kleines. Radfahrer.
Volk-Alliance. Artemis Colonna. Langbullen.
Carl Weich. Das Geheimnis des roten Hanses.

Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Apollo. Die Liebesinsel. Spezialitäten.
Vasage-Theater. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenträse 48/49. Von der Juglitz zum Bahnmann.
Invalidentheater 57/62. Sternmarie. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Central-Theater Heute und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:
Pick und Pocket. Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen. Emil Sondermann. Alex Sommer. Raggi Fischer. Marie Jorescut.
Apollo-Theater Täglich: Mit kolossalem Beifall: Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
Grosses Post-Ballett.
Vorher: Neue glänzende Spezialitäten.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Lustige Ehemänner. Schwank in 3 Akten von A. Marx und Albert Barre. Deutsch v. Schönau.
Vorher:
Nach dem Balle. Schwank in 1 Akt nach d. Spanischen von M. Loebel.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Metropol-Theater. Der größte Erfolg dieser Saison! Zum 161. Male:
Neuestes! Allerneuestes! Dramatische Revue in 5 Bildern. Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende. Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Anfang 8 Uhr. Zum erstenmal in Berlin. Gastspiel d. Sächsischen Volks-Theaters.
Karl Fiedler. Volks-Schauspiel in ergötzlicher Rundart in 5 Aufz. v. H. Demmler. Morgen: Zum erstenmal: Das Alter. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
Carla Lingen in ihrem Repertoire. Oskar Saldow, Humorist. Erna Koschel. Josefine Delicieur. Gans Berlin zerbricht sich schon den fünften Monat den Kopf über A G A! die schwebende Jungfrau! 14 erstklassige Nummern.

Urania. Taubenträse 48/49. Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte Invalidenstrasse 57/62.
DOLOGISCHER ZARTEN Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppelkonzert. Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinderunt. 10 Jahr. d. Hälfte.
In der Arena: Elefantmutter mit saugendem Baby, Shetland-Pony mit Zwergfohlen.

Neues Theater Schiffbauerdamm 4a—5. Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Arche Noah.
Castans Panoptikum Friedrichstr. 165.
Neu! Peter I. König von Serbien. Neu!!!
König Alexander †
Königin Draga †
Kleines Theater. Unter den Linden 44. Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten
(10 Bildern) von David Hallig.
Musik von A. Conradt.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Berlin wie es weint und lacht.
Freitagabend 8 Uhr:
Berlin, wie es weint und lacht.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Der grüne Kakadu. Abschied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der grüne Kakadu. Abschied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.
Freitagabend 8 Uhr:
Der grüne Kakadu. Abschied vom Regiment. Ein Heiratsantrag.

Max Klem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Kritische Leitung: Paul Milblitz.
Täglich: 17182*
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Klavierstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelbuden, Rondell, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter-Strasse 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sonntagabend 8 Uhr. Barlett 60 Pf.
Hse Römer.
Im Garten: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhlmann.
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Heute Mittwoch:
Grosser Elite-Abend.
Neuer Spielplan
Neu! Metas Verlobung. Neu!
Neu! Die Diebestelle. Neu!
Dazu: Für noch kurze Zeit! Das
mit großem Beifall aufgenommene
Volksstück
Zur rechten Stunde
und die erstklassigen Kunststücke.
Im Saal: **Gr. Ball.**
Die Kaffeeküche ist von 3 bis
6 Uhr geöffnet.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 5 Uhr.
Dienstag 6 Uhr.
Dienstag, Donnerstag u. Sonntag:
Ball.
Donnerstag: Zum letztenmal:
Das Gott zusammenfügt, soll der
Mensch nicht scheiden.

WINTERGARTEN
Agnes Säter, norweg. Soubrette.
Miss Volans, Schulleiterin.
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-
Quintett.
Jim und Jam, komische Akrobaten.
Die Biseras, weibl. Trompetercorps.
Urban u. Sohn, akrobat. Produktion.
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.
Adele Moraw, Soubrette.
Charles Baron in seiner Scene: „Im
Löwenkäfig“.
Allison-Truppe, ikarische Spiele.
Die 4 Scandias, Gymnastiker.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen. Badstr. 58.
Neues Programm.
II. a.: Fred Dewey, Jongleur. Gebr.
Vero, Akrobaten. Lucie Clair, Ser-
pentin- und Flammentänzerin sowie
in ihrem Kunststück „Die Silberkette“.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
mit Willy Agoston und
Klara Antonie.
Anfang 4 Uhr.
Dienstag, den 30. Juni: Benefiz
für Schmidt-Hawkins.

Neue Welt
Kalenheide 108/114. Arnold Scholz.
Mittwoch, den 24. Juni 1903:
Grosses Kinder-Freuden-Fest
verbunden mit Bonbonregen, Fackel-
polonaise und Gratis-Verlosung.
Hauptgewinn für Knaben:
Eine silberne Remontoir-Uhr.
Hauptgewinn für Mädchen:
Eine silberne Damen-Uhr.
Gala-Specialitäten-Vorstellung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.
Morgen: Elitetag. Freitag, den
26. Juni: Erstes grosses Massen-
Konzert (6 Kapellen). 18942

Prater-Theater
Kantien-Allee 7-9.
Direktion: M. Kalbo.
Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Volksstück mit Gesang und Tanz in
3 Akten von A. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Klavier- und
Klavier-Vorstellungen. II. a.: Ada
Marcell, Schröder u. Dentor, Relam-
pagos Troupe; Overgard.
● **Ein Adelles Gefängnis** ●
Große Pantomime, Mokaschy Troupe.
Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
In der Klemme.
Humoreske von Menjel.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
**Gr. Konzert, Theater
und Specialitäten-
Vorstellung.**

Königstadt-Kasino.
Solgarmarkt 72, Ecke Alexanderstr.
Zum prächtigen Garten:
Neues grossartiges Programm.
Elyra Veterin, Karl Dargh.
Ella Marini, Calvador u. Selma,
Elio D'Amo, Geshw. Kaiser,
Rud. Schenk, Vero und Barth.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Tanz.
Sonntag Anfang 5 Uhr,
Dienstag 8 Uhr.

Diez' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das unerreichte
Klassen-Juni-Programm!
Robert u. Bertram. Feix Brand.
Gale-Walk, Boccaccio-Ario, The
Roxtons, The Atlantic, Bellini-
Duo etc.
Sonnabend, Sonntag u. Montag:
Tanz.

**Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.**
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Violoncellisten des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Saal: **Tanz.**

Sanssouci.
Täglich im Garten:
**Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.**
Anfang: Sonntags
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Dienstag:
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Mont. u. Donnerst.
nach der Soiree: **Tanz.**

**Dr. Simmel, Prizon-
Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Eine sehr gute Klempnerei
und Installation für Gas und
Wasser ist wegen andauernder
Krankheit für 2500 Mk. zu ver-
kaufen. Größere Aufträge sind
mit zu übernehmen. Nähere
Auskunft erteilt Frau Klein-
meister Kubick, Königs-
Hauptstr. 21215**

Herren-Moden
elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Dritter Wahlkreis.

2 Volksversammlungen.

Donnerstag, den 25. Juni, abends 9 Uhr:
1. Im großen Saale von **Buggenhagen, Moritzplatz.**
2. Im großen Saale des **Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.**
Tages-Ordnung: Verkündung der Stichwahl-Resultate.
Satzweiser Besuch erwartet.
Das Wahlkomitee. 212/12*

Charlottenburger Volkshaus, Rosinen-Str. 3.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 9 Uhr:
Zwei Volks-Versammlungen.
Tages-Ordnung:
Verkündung der Stichwahl-Resultate.
Das Komitee. 250/12

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.
Verwaltungsstelle Berlin.

Rohrleger und Helfer!
Um allen Verjuchen und Mißverständnissen vorzubeugen, geben wir hiermit
folgendes bekannt:
**Es ist eine Umgehung unsres Tarifs, wenn Berliner Arbeitgeber in einem
Vorort sich eine Stube mieten, einen Schreiber hineinschicken und dort die Rohrleger
und Helfer annehmen, um kein Fahrgehalt und keine Fahrzeit vom Hauptgeschäft in
Berlin vergütigen zu müssen.**
Wir ersuchen alle Kollegen, uns umgehend von solchen Schiebungen Kenntnis zu geben.
Die Ortsverwaltung. J. A.: Karl Wiesenthal. 118/6*

An die Maurer, Zimmerer u. Bauarbeiter Berlins und Umgegend!

Wir fordern hiermit alle Berufsgenossen, welche in Reichstags-Wahlkreisen, wo Stichwahlen stattfinden, wahl-
berechtigt sind, aber in Berlin und seinen Vororten in Arbeit stehen, auf, am Tage der Stichwahl, am 25. Juni, ihrer
Pflicht nachzukommen und nach ihren Orten zu reisen, um dort ihr Wahlrecht auszuüben.
Die Bau- und Platzdeputierten auf allen Bauten und Zimmerplätzen ersuchen wir, danach hinzuwirken, daß alle in
Frage kommenden Berufsgenossen obiger Aufforderung nachkommen.

Die Vorstände der Verbände des Baugewerbes.
Panser. Witt. Heidemann.

Freie Volksbühne.
Die alten Mitgliedskarten müssen nach Beendigung der
Vorstellungen in den Zahlstellen abgegeben werden.
Eine neue Abteilung wird in den Monaten
Juli, August eröffnet. **Anträge auf Aufnahme** von
Mitgliedern werden in allen Zahlstellen entgegengenommen.
Bei der Anmeldung ist gegen vorläufige Quittung das
Einschreibegeld (80 Pf.) und die **September-Bei-
tragsrate (80 Pf.)** in der **Zahlstelle** zu hinterlegen.
Die vom Vorstand aufgenommenen Mitglieder erhalten
ihre neuen Mitgliedskarten im August.
Achtung! Zahlstelle No. 32 (Rixdorf) be-
findet sich von jetzt ab bei **H. Pressler, Restaurant,
Ziethenstr. 69.** Die Mitglieder dieser Zahlstellen werden
gebeten, dort ihre alten Mitgliedskarten abzugeben.
Ordner-Sitzung: Sonnabend, den 27. Juni.
General-Versammlung: Dienstag, den 30. Juni, im
Gewerkschaftshaus, T.-O.: Geschäfts-, Kassen- und
Revisionsbericht. Diskussion. Statutenänderung.
Der Eintritt ist nur gegen **Vorzeigung** der
alten Mitgliedskarte gestattet. Die schon ab-
gegebenen müssen für den Besuch der Generalversam-
lung zurückgefordert werden.
Einlasskarten zur Secessions-Anstellung a 25 Pf. sind
zu haben bei: Südost: **Gottfried Schulz, Zahl-
stelle 20;** Süden: **Paul Horsch, Zahlstelle 11;** Norden:
Ernst Beyer, Zahlstelle 1.
229/5 **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner - Versammlung
sämtlicher Bezirke und Branchen
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.**
Tages-Ordnung: Die auswärtigen Kreise in unserm Berufe,
und erwachten den Berliner Kollegen Vorteile daraus? Diskussion.
Bericht über den Verlauf der Verhandlungen.
Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegierte zu entsenden.
Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.
83/18 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Elektromonteur!
Mittwoch, den 24. Juni, abends 8 Uhr:
Oeffentl. Versammlung der Elektromonteur
in den „Johannis-Sälen“, Johannisstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Pawlowitsch** über: Die schlechten Lohn-
verhältnisse und das Ueberstunden-Umwesen bei den Monteuren und Hilfs-
Monteuren der **A. E. G., Hbt. Z.,** und den **B. E. W.,** und wie wird
den Konjumenten dieser Gesellschaften der Arbeitelohn angerechnet.
2. Diskussion. 118/5
Es ist Pflicht sämtlicher Elektromonteur, in dieser Versammlung zu
erscheinen. **Der Einberufer.**

**Gewerkschafts-Kartell
für Berlin und Umgegend.**
Bureau: Berlin C. 54, Dragoner-Strasse 15.
Donnerstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Patt, Dragonerstr. 15:
Delegierten-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Der praktische Arbeitsnachweis im
Töpfergewerbe Berlins. 3. Bericht über den Stand der Lohnbewegungen
betreffend der Rührer und Rohrer. 4. Kartell-Angelegenheiten.
Das Erscheinen sämtlicher Delegierten erwartet.
287/16 **Der Ausschuss.**

Schloss Weissensee.
„Zum Sternecker“, Inhaber: C. Koch.
Täglich: **Grosse Theater-Specialitäten-Vorstellung.**
Nielsenprogramm 40 Nummern. Im Bal champêtre: **Grosser BALL.**
Illumination der Fontaine lumineuse. Jeden Mittwoch:
Grosses Kinderfreudenfest mit Gratis-Verlosung.
Jeden Donnerstag: **Grosses Monstr-Elite-Feuerwerk u. Doppelkonzert.**
Jeden Sonntag: **Grosses DOPPEL-KONZERT.**
Kaffeeküche. — Volksbelustigungen aller Art.

Am **Königsthor, Schweizer-Garten, Friedrichshain.**
Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Große Rasse mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: **Ball, Volksbelustigungen.** Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Herren-Moden
elegante Ausführung
geringe Teilzahlung
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47
direkt am Alexanderplatz.

Socialdemokrat. Wahlverein Charlottenburg.
Am Donnerstag, den 25. Juni 1903, abends 8 Uhr:
Versammlung
Tages-Ordnung:
Verschiedenes in Vereinsangelegenheiten. 250/11

Todes-Anzeige.
Am Montagvormittag 11 1/2 Uhr
starb nach kurzem, schmerz-
reichen Leiden meine innig geliebte Frau
und unsere gute Mutter, Schwester
und Schwägerin
Bertha Kandale
geb. **Werner**
in ihrem 46. Lebensjahre.
Tiefbetrübt zeigen das hiermit
allen Verwandten, Freunden und
Bekannteten an
1903
Karl Kandale nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Donnerstagvormittag 2 Uhr von
der Leichenhalle des Gemeinde-
Friedhofes in Friedrichsfelde statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die großen Kranz-
senden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes
Fritz Rieger
sage ich allen, besonders dem Gesangs-
verein des Rathvereins der Musik-
instrumenten-Arbeiter sowie dem Kol-
legen der Firma **Schöfel, Gestler**
u. Co. meinen innigen Dank. [21115
Helen Rieger geb. Grams.

Billig, billig, billig!!!
20 prachtl. hochm. Metall-Bett-
stellen, Kinder-Bettstellen, Chais-
longue-Bettstellen ca. 25 Proz. unter
Wert. Nur kurze Zeit wegen meh-
rwechtliger Abwesenheit. 18782*
Rappold, Eisenmöbel-Agentur,
Markgrafstr. 18, Cuergeb. II.

Versuche Dein Glück!
in dem bekannten vom Glück be-
günstigten Bank- u. Lotteriegesch.
J. Rosenberg,
Kommandantenstr. 51.
Sofortige Auszahlung von
Gewinnlosen aller Geldlotterien.
Briesener Pferde-Lose a 1 M.

Prozeß gegen die Pommerbank.

In der Montag-Sitzung wurde zunächst Rechtsanwält Buddenberg als Zeuge vernommen. Er bestätigte, daß er, nachdem er ein Jahr vorher bei der Pommerbank tätig gewesen, im Jahre 1900 stellvertretendes Vorstandsmitglied geworden war. In dieser Eigenschaft hat er einer Sitzung beigewohnt, in welcher die Auflösung der Immobilien-Verkehrsbank und der Übertragung der Nebengesellschaften an die Immobilien-Verkehrsbank beschlossen wurde. Der Zeuge hat damals nicht angenommen, daß es sich um Scheingeschäfte handeln würde.

Darauf wurden die von der Verteidigung gestellten Beweisfragen erörtert. Der Prokurist Hortwege und die gerichtlichen Bücherrevisoren Hufsch und Kruse trugen das Ergebnis ihrer Feststellungen vor, welche in der Hauptsache die rechnerische Richtigkeit der Angaben des Angeklagten Schulz ergaben.

Die Sachverständigen Wassmann und Dime wurden über die von ihnen vorgenommene Nachprüfung der in der Anlage angegebenen Unterdeckung des Pfandbriefumlaufes gegen die Hypothekensumme vernommen. Sie bestätigten, daß in den einzelnen Jahren eine Unterdeckung vorlag, mit Ausnahme des Jahres 1899. Hier sei thatsächlich nicht eine Unterdeckung von 913 540 M. vorhanden gewesen, wie die Anlage angiebt, sondern eine Ueberdeckung von 6359 450 M. 98 Pf.

Heute, am Dienstag, wurde mit der Erledigung der neu gestellten Anträge der Verteidiger fortgefahren. Zunächst wurden die Kuratoren Alexander, Lehmann, Schuster, Benede über die Art, wie die Kuratulation für die Pommerbank stattgefunden, vernommen. Sie stimmen darin überein, daß bei der Kuratulation der Pommerbank-Pfandbriefe kein anderes Verfahren angewandt habe, als bei anderen Hypothekendarlehen. Der Kuratulator Benede sagte u. a. aus, daß die Pommerbank biographisch den Kurs der Streif-Aktien und die Streifbank die Pommeraktien reguliert habe. — Geh. Rat Dr. Hecht erklärt hierzu, daß ihm in ganz Deutschland Hypothekendarlehen, die in dieser Weise gegenseitig ihre Kurse regulieren, nicht bekannt seien. — Geh. Rat Budde, der Leiter der Nachfolgerin der Pommerbank, befindet auf Befragen, daß bei ihm der Kurs nicht von der Bank selbst reguliert wird.

Sodann wird der aus der Haft vorgeführte Kommerzienrat Eduard Sanden vernommen. Er bestätigt auf Befragen des Angeklagten Schulz, daß dieser seiner Zeit bei der Preussischen Hypotheken-Aktienbank in der Hauptache mit der Kassenführung der Hypothekenabteilung, teilweise mit Korrespondenzen und später mit der Führung des Memorials betraut gewesen sei. Er habe immer unter Buchmüller gearbeitet und sei niemals mit dem Weisungsgeschäft beschäftigt gewesen. Als die Reorganisation der Pommerbank im Gange war, sei Schulz auf seine Empfehlung nach der Pommerbank gekommen. — Referent Landgerichtsrat Paulsch: Der Angeklagte Schulz hat während seiner Thätigkeit bei der Pommerbank Darlehen verkauft und will sich dabei ein Vermögen von 500 000 M. erspart haben. Ist dies möglich? — Zeuge Sanden: Es handelte sich damals um die Verwertung von Spiegelhagener Substationen-Grundstücken, da sei es wohl möglich, daß das er sich ein Vermögen erspart habe.

Ein weiterer zur Erledigung kommender Beweisanspruch ging dahin: Der Sachverständige Woesszermeth habe am 4. Mai erklärt, es bedeute eine übermäßige Festlegung des Aktienkapitals, wenn eine Hypothekendarlei bei einem Aktienkapital von 15 Millionen Mark beinahe 8 Millionen Mark in ihrem Ranggebäude anlege. Demgegenüber behauptet der Angeklagte Romeid, daß die eignen Mittel nicht bloß 15 000 000 M., sondern unter Hinzurechnung der Reserven 21 532 000 M. betragen haben, so daß mit dem Betrage für das Bankgebäude nur ca. 1/3 des eignen Kapitals investiert gewesen sei. Der Beweisanspruch der Verteidigung besagt nun: Die Anlegung größerer Summen in Ranggebäuden sei durchaus üblich. Die Bank des Berliner Kassensystems z. B., die ihre Mittel ganz besonders liquide halten müsse, habe demnach bei einem Aktienkapital von nur 9 Millionen Mark und ca. 1 300 000 M. Reserven ca. 1 800 000 M., d. h. 1/3 des Vermögens in ihrem eignen Ranggebäude festgelegt.

Der hierüber vernommene Reg.-Rat Hoppenstedt, Direktor der Bank des Berliner Kassensystems, bestätigt das letztere. Auf eine Frage des Staatsanwalts Weid äußert sich der Zeuge dahin, daß im Ranggebäude für 15 000 M. Räume vermietet seien. Des weiteren kommt die Entsendung von Reisenden für die Unterbringung der Pfandbriefe zur Erörterung. Die von ihnen hierfür angerechneten Banddirektoren Friese und Dingelstädt bestätigen, daß sie jahrelang für die Preussische Hypotheken-Aktienbank gereist sind. Geh. Rat Hecht betont, daß die Empfehlung von Aktien auf diesem Wege jedenfalls anormal sein würde.

Die Verhandlung wendet sich dann nochmals den Reorganisationsfragen zu. Nach den Geschäftsbüchern der Berliner Hypothekendarlei-Aktienbank sind dieselben pro 1901 in Höhe von 1 300 000 M., pro 1902 in Höhe von 241 268 M., insgesamt in Höhe von 1 541 268 M. angegeben. Die Angeklagten behaupten, daß diese Reorganisationskosten von so enormer Höhe seien, daß in diesen Beträgen unbedingt noch andre Abschreibungen oder Verbuchungen enthalten sein müßten.

Auf Antrag der Verteidigung wird Direktor Dernburg von der Darmstädter Bank über dieses Thema vernommen. Er giebt an, daß er nur über etwa 1/2 Million Auskunft geben könne, die durch die Darmstädter Bank veranlaßt und dieser durch die Pommerbank erstattet seien. Es seien an acht Personen (Kempner, Kaufmann, Gerschel, Düben, Marcus, Kern und zwei Assessoren) 83 000 M. Honorar bezahlt worden. Die Bücherrevisoren Marcuse und Geh hätten 7000 M. erhalten. Die Darmstädter Bank habe für sich 20 Proz. des Pfandbriefumlaufes, d. h. 336 000 M. berechnet, das übrige seien kleinere Auslagen gewesen.

Seitens der Justizräte Bronker und Dr. Sello und der Rechtsanwält Leonh. Friedmann und Dr. Weidauer knüpfen sich an diese Vernehmungen weitere Fragen über die übrigen Summen, die zur Reorganisation verwendet seien, da der Angeklagte Schulz dabei bleibt, daß die Reorganisation ganz unnötig gewesen sei und die diesbezüglichen Kosten hätten erspart werden können. Schließlich behält sich die Verteidigung weitere Anträge vor.

Die bis zur Nr. 30 vorgelegten Anträge der Verteidigung sind bis auf zwei noch rüchständige erledigt. Justizrat Dr. Sello kündigt jedoch an, daß die Verteidigung dabei sei, weitere Anträge zu formulieren und bis jetzt bei Nr. 63 angelangt sei.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Das Central-Wahlbureau des ersten Wahlkreises befindet sich bei Weichnast, Grünstr. 21. (Tel.-Amt 1, 1757). Hilfsbureaus Wahlbezirk 1: Gantner, Wischoffstr. 12. Wahlbezirk 2, 4, 5: Gahn, Stralauerstr. 48. Wahlbezirk 3: Sönnow, Parochialstr. 36. Wahlbezirk 6: Wolf, Klosterstr. 101. Wahlbezirk 7: Kirchner, Heiligegeiststr. 40. Wahlbezirk 8: Scheps, Breitestr. 24. Wahlbezirk 9: Weyer, Fischerstr. 25. Wahlbezirk 10: Kopytski, Grünstr. 20. Wahlbezirk 11: Knappe, Al. Kurstr. 11/12. Wahlbezirk 12: Gäh, Niederwallstr. 33. Wahlbezirk 13, 14, 15, 16: Menzel, Dorotheenstr. 69. Wahlbezirk 17: Wolf, Mauerstr. 59. Wahlbezirk 18, 19: Frank, Charlottenstr. 60. Wahlbezirk 20: Glauze, Krausenstr. 18. Wahlbezirk 21: Härtel, Krausenstr. 60. Wahlbezirk 22: Sollien, Französischestr. 8. Wahlbezirk 23: Schwarz, Kronenstr. 71. Wahlbezirk 609, 610, 611, 613: Madike, Hensburgerstr. 24. Wahlbezirk 612, 614:

Runeri, Händelstr. 16. Wahlbezirk 608; Schütte, Kronprinzenl. 29.

Zu der Versammlung im Freudenlaß, die morgen, Mittwoch, stattfindet, haben bis 8 Uhr ausschließlich Wähler des ersten Wahlkreises Zutritt, die sich durch eine Einlasskarte als solche legitimieren können. Erst von 8 Uhr ab erhalten, soweit noch Raum vorhanden, auch Besucher aus andern Wahlkreisen Zutritt. Wir ersuchen deshalb die Genossen, die im ersten Wahlkreis nicht wahlberechtigt sind, sich zur Vermeidung von eventuellen Zusammenstößen mit der Polizei erst um 8 Uhr vor dem Versammlungsort einzufinden.

Altdorf. Am Mittwochabend findet bei Thiel, Bergstr. 151, eine Mitglieder-Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins statt.

Achtung! Berliner Parteigenossen!

Bei der Hauptwahl am 16. Juni hat es sich leider gezeigt, daß ein Teil der Spandauer Arbeiter, die in Berlin beschäftigt sind, ihre Pflicht und Schuldigkeit nicht gethan haben, indem sie zu spät im Wahllokal erschienen waren und darum natürlich nicht mehr wählen konnten, und dieses nur deshalb, weil sie leider kurzfristig genug waren, nicht selber ein oder zwei Stunden früher ihre Arbeit zu beenden und auf den Verdienst für diese Zeit zu verzichten.

Wir richten deshalb an die Parteigenossen das dringende Ersuchen, jene Wahlmännigen aus dem Wahlkreise Spandau-Op-Haveland sanft an ihre Wahlpflicht zu erinnern, damit am Tage der Stichwahl kein Arbeiter unsres Kreises zum Verräter an unsrer Sache wird.

Socialdemokratisches Wahlkomitee Spandau.

Spandau. Heute Mittwoch von 6 Uhr ab Flugblattverbreitung in Stadt und Land. Zusammentreffen im Lokal von Kunkle, Schönwalderstraße 80.

Spandau. Heute abend finden hierelbst in den Lokalen von Teknow, Hadenfelde, Kunkle, Schönwalderstraße 80, und Köpenick, Pichelsdorferstraße 30, drei öffentliche Wahlversammlungen statt, in welchen die Genossen Stadtthagen, Rosenow und Legien referieren werden. Parteigenossen! Agitiert für einen glänzenden Besuch!

Lokales.

Freisinniger Stimmenbettel

der merkwürdigsten Art wird augenblicklich im 1. Berliner Wahlkreis von den Freisinnigen getrieben. Mit hucpatriotischen Grafen, deren sich selbst ein konservativer Flugblattverfasser schämen würde, wird in einem Flugblatt des Vorstands des Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei im 1. Berliner Wahlkreis um die Stimmen der Konservativen gebettelt. Von beispielloser Anständigkeit zeugt z. B. der folgende Passus des Flugblatts:

„Am Donnerstag, den 25. d. M., soll darüber entschieden werden, ob der 1. Berliner Wahlkreis wie bisher freisinnig durch unsren Kandidaten Kaempff vertreten sein soll oder ob der 1. Reichstags-Wahlkreis, in dem das Herz von Berlin pulsiert, von dem aus die Stadt, der Staat, das Reich regiert wird, auf dessen Stadtheile Jahrhundert vaterländischer Geschichte hinunterblicken, und in dem der deutsche Kaiser selbst residiert, im deutschen Reichstoge durch einen Socialdemokraten vertreten werden soll.“

Die Socialdemokratie erstreckt eine sozialistische Republik, und würde es (Stil!) wie ein Hohn auf unsren monarchischen Staat ausfallen, wenn auch dieser Wahlkreis der Freisinnigen Partei verloren gehen sollte.“

Was unter dem „Herzen Berlins“ gemeint sein soll, vermögen wir nur zu vermuten. Vielleicht die Börse? Dieser geschmackvollen Verbeugung vor den Tiergarten-Bankiers folgen dann in anmutigem Kontrast die widerlichsten Krassheiten vor den Konservativen. Von den „Jahrhunderten vaterländischer Geschichte“ wollen wir schweigen, schweigen wollen wir davon, daß noch ein Lessing das friedericianische Preußen als das „fladischste Land Europas“ bezeichnete. Auch an den 18. März 1848, an dem die Berliner Bürgerschaft durch die freie Militärtruppe auf die Barrikade getrieben wurde, wollen wir nicht weiter erinnern. Aber kann es etwas kindischeres, Edelhafteres geben als den Hinweis auf die zufällige Lage des Berliner Rathhauses, der Reichsämtler zc. im ersten Wahlkreise? Mit jämmerlicheren Mitteln ist von freisinniger Seite kaum jemals um die Gunst reaktionärer Wähler gebuhlt worden! Freilich, der Freisinn des ersten Wahlkreises hat sich bereits vollständig in die Rolle des Repräsentanten des reaktionären Mißmachtes hineingelebt. Heute erst erscheint in der „Kreuz-Ztg.“ der Anruf der Konservativen, im ersten Wahlkreise für Kaempff einzutreten, und bereits am Montag prangte an den Lifschäulen eine von dem Adjutanten Eugen Richters, Dr. Hermes, unterzeichnete Einladung zu einer Versammlung, die wörtlich lautete:

Der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei und aller bürgerlichen Parteien Stadtrat a. D. Kaempff spricht nach der Wahl am Donnerstag, den 25. Juni, abends 9 Uhr, im Brandenburger Haus, Mohrenstr. 47.

Der Berliner Freisinn hat damit das Maß politischer Selbstbefleckung für jeden wirklich freiheitlich gesinnten Menschen zum Ueberlaufen gebracht!

Der beste Teil der Schönholzer Wälder ist jetzt endgültig verkauft. Alle Bemühungen, den Wald bei Schönholz dauernd den Berliner Ausflüglern und Erholungsbedürftigen zu erhalten, sind umsonst gewesen. Der wertvollste Teil des Waldes, der zwischen Pantow und Schönholz liegt, ist nunmehr zu Bauzwecken verkauft worden. Der Forst weist hier einen reichen Bestand alter Kiefern auf, mit deren Niederlegung erst im Herbst begonnen werden wird. Es sind mehrere Wäldchen und zwei große Plätze geplant. Der Teil des Waldes, welcher sich vom Gelände der Berliner Schützengilde nach Wilhelmstrah hin ausdehnt, bleibt vorläufig bestehen. Der Fiskus soll die Absicht haben, diesen Rest des Waldgebietes für seine eigenen Zwecke zu verwenden. Schon vor einiger Zeit verlautete, daß der Schießplatz bei Tegel kaum noch ausreicht, seitdem die Russischer-Abteilung dort ihre Übungen vornimmt. Auch das dritte Eisenbahn-Bataillon käme bei der Verwendung des Terrains für den Militärstützpunkt in Betracht, zumal es noch keine eigene Kaserne besitzt, sondern sich mit einem Barackenlager bei Schöneberg begnügen muß.

Polizeiverordnung betr. das Verbot der Hauptverkehrsstraßen für Lastwagen. Die Polizeiverordnung über Beschränkungen in der Benutzung von einzelnen Straßen durch Last- und Arbeitsfuhrwerke und das Verbot der Aufstellung von solchen Wagen in den Hauptverkehrsstraßen zu bestimmten Stunden ist vom Polizeipräsidenten jetzt erlassen worden. Die wichtigsten Bestimmungen sind die folgenden: In der Alexanderstraße von der Blumen- bis zur Magazinstraße und von der Kaiserstraße bis zum Alexanderplatz, in der Königstraße von der Neuen Friedrich- bis zur Klosterstraße und von der Poststraße bis zur Kurfürstenbrücke, der Spandauerstraße von der Rat-

haus- bis zur Parochialstraße, auf dem Mühlendamm von dem Nollensmarkt bis zum Kölnischen Fischmarkt, der Gertraudenstraße von dem Kölnischen Fischmarkt, jedoch mit Ausschluß des Petriplatzes, bis zur Gertraudenbrücke, der Straße an dem Spittelmarkt von der Gertraudenbrücke bis zur Kurstraße, der Friedrichstraße von der Wehren- bis zur Dorotheenstraße, der Neuen Wilhelmstraße von der Straße unter den Linden bis zur Dorotheenstraße, der Mühlstraße auf der Straße zwischen der Kleinen Alexanderstraße und der Grenadierstraße wird für die Zeit von 11 Uhr morgens bis 7 Uhr abends das Beladen und Entladen der Fuhrwerke, welche zum Transport von Lasten, Waren oder Gegenständen irgend einer Art dienen, sowie das Stillhalten dieser Fuhrwerke, gleichgültig, ob sie beladen sind oder nicht, verboten. Das Gleiche gilt von Handwagen, Karren und Hundefuhrwerken. Dem Personalfuhrwerk ist das Anhalten in den gedachten Straßenstreifen nur so lange gestattet, als das Aussteigen oder das Absteigen von Personen notwendig macht, das Umherfahren oder Warten aber verboten. In der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags dürfen Last- und Arbeitsfuhrwerke, sowie alle andern Fuhrwerke, welche auf Schrittfahren angewiesen sind, insbesondere auch Handwagen, Karren und Hundefuhrwerke die Leipzigerstraße von der Jerusalemstraße bis zum Leipziger Platz, den Leipziger Platz, die Friedrichstraße von der Wehrenstraße bis zur Weidenammer Straße im Durchgangsbetrieb nicht befahren. Ausgenommen von diesen Verboten sind: die königlichen und prinziplichen Wagen, die Militärfuhrwerke, die Fuhrwerke der Feuerwehre und der Straßenreinigung, die Postfuhrwerke, die Leichenwagen und diejenigen Fuhrwerke, welche zum Umzug aus einer Wohnung in eine andre benutzt werden, für die Wirkung dieses Umzuges. Es muß jedoch unnötiger Aufenthalt vermieden werden. Das Halten von Personalfuhrwerken aller Art ist von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags in folgenden Straßen verboten: in der Panoramastraße, Kochstraße, Gontardstraße, in der Kaiser Wilhelmstraße von der Spandauer- bis zur Hirttenstraße, in der Neuen Friedrichstraße von der Straße an der Spandauerbrücke bis zur Alexanderstraße, in der Dierksenstraße von der Straße an der Spandauerbrücke bis zur Grunerstraße, in der Straße an der Spandauerbrücke von der Neuen Friedrichstraße bis zur Dierksenstraße, in der Klosterstraße von der Neuen Friedrichstraße bis zur Königstraße, in der Klosterstraße, Anlandergasse und in der Straße am Königsgraben. Die übrigen Bestimmungen entsprechen im allgemeinen den bisherigen.

Wechsel in der Berliner Eisenbahn-Direktion. Vor einiger Zeit ging durch die Presse die Nachricht, daß der Präsident der Eisenbahn-Direktion Berlin Kranold sich mit Rücktrittsgedanken befaße, die in Differenzen mit seinen Amtskollegen zu suchen seien. Trotzdem diese Mitteilung von oben nicht demontiert wurde, bezeichnete man sie doch als Gerücht. Wir sind heute in der Lage mitzuteilen, daß der Rücktritt perfekt geworden ist; jedoch nicht wegen der erwähnten Differenzen, vielmehr ist Kranold ein Opfer eines von Rudde herausgegebenen geheimen Befehles, wonach den höheren Beamten anheim gegeben wird, mit Rücksicht auf ihr Alter in den Ruhestand zu treten. Mit Kranold werden noch mehrere gehen. Nachfolger des Herrn Kranold wird Geheimrat Baurat v. Wehren.

Die Rattenplage in Berlin, auf welche anlässlich des vorgefallenen ersten Pestalles hingewiesen wurde, ist doch bedeutend ärger, als man allgemein vermutet und wem auch, dank der Sanitation, die Rattenplage schon eine gewisse Einschränkung erfahren hat, so sind die langgeschwänzten Rager doch noch im Centrum der Stadt in großen Mengen vertreten. Schlafwinkel bieten ihnen die Stadtbahnböden sowie die alten Grundstücke in der Alexander- und Neuen Friedrichstraße. In der Central-Markthalle sowie in der Engros-Halle wird schon seit Jahren ein erbitterter, aber leider vergeblicher Kampf gegen das Ungeziefer geführt, doch ist die Thätigkeit der Ratten, in Bezug auf das Amagieren der Wägen, mit Hilfe einer Anzahl gut dreifacher Rattenfänger, wesentlich eingeschränkt; dagegen sind in den benachbarten Stadtbahnböden, bis hinunter zur Jannowitz-Brücke, noch große Mengen von Ratten vorhanden, die in den Restaurants, Stallungen zc. reichlich Nahrung finden und ohne Rücksicht auf Anwesenheit von Menschen selbst am Tage umherpazieren. Außerdem treten Ratten noch in der Gegend der Müllerstraße sowie im Tiergarten in größeren Mengen auf und besonders in der letzteren Anlage erweisen sie sich als überaus schädlich.

Zur Frage der Verwendung des Abdeckerfleisches als menschliches Nahrungsmittel wird uns noch folgendes mitgeteilt. Wie außerordentlich mangelhaft die Kontrolle durchgeführt wurde und wie leicht es Uebersehen ist, in den Besitz von beschlagnahmtem Fleisch zu gelangen, beweist der Umstand, daß beispielsweise Waren, die eben erst beschlagnahmt abgeholt, schon wenige Minuten später vom Wagen heruntergenommen wurden. So hatte der Abdeckerwagen beschlagnahmte Röllschinken zur Beförderung erhalten und fuhr mit dieser Ladung nach dem Depot des Deutschen Tierärzvereins, woselbst die Kadaver von vergifteten Hunden und Katzen abgehoben waren. Hier benutzten Wärrer die Gelegenheit, Röllschinken sich zu nehmen und diese teils sofort zu verzehren resp. für die Angehörigen mit nach Hause zu nehmen.

Als eine erfolgreiche Duellgegnerin hat sich die Gattin eines Fabrikbesizers aus der Gegend des Königsbors erweisen. Ihr Mann war mit einem Oberleutnant zusammengeraten und hatte ihm eine Forderung auf Pistolen zugehen lassen. Diese wurde angenommen und der Kampf sollte, nachdem auch der Ehrenrat einer studentischen Verbindung, bei der der Fabrikbesitzer „belegt“ hatte, seine Zustimmung erteilt hatte, in aller Eile in der Jungfernheide stattfinden. In der Nacht um 2 Uhr wurde der Verleiher von Pistolenkasten aus dem Schlaf gestungelt: man erhielt die Waffen. Die Wägen mit Sekundanten, Zeugen und Kerzen waren zur Stelle, während der Oberleutnant den Kampfplatz bereits erreicht hatte. Der Forderer erschien aber nicht. Statt seiner traf endlich ein Bote ein mit der Nachricht, daß die Frau des Fabrikbesizers den Zweikampf nicht erlaube. Unverrichteter Sache mußten die Beteiligten noch Hause zurückkehren.

Straßenbahn-Unfall. Am Dienstag früh 8 Uhr stieß in der Schönhauserstraße zwischen Mulackstraße und Weinmeisterstraße ein Straßenbahnwagen der Linie 49 (Pantow-Hasenheide) mit einem Wagen der Gesellschaft „Staubfuß“ zusammen. Trotz starken Bremsens des Führers des Straßenbahnwagens war es leider nicht mehr zu verhindern, daß ein Arbeiter des Staubfußwagens, welcher auf der Seite desselben auf dem Trittbrett stand, zwischen diesem und dem Vorderperson des Polowagens eingeklemmt wurde. Der Verunglückte wurde mit anscheinend nicht sehr schweren Verletzungen von einem Schuttmann mittels Droßkule nach der Unfallstation gebracht.

Mit vergiftetem Cognac versuchte sich die 28 Jahre alte Näherin W. aus der Georgenstraße wegen verämbähter Liebe zu töten. Das Mädchen unterhielt seit fünf Monaten mit einem Kaufmann ein Liebesverhältnis. Vorgestern fand eine Zusammenkunft zwischen den beiden statt. Bei dieser Gelegenheit teilte der Liebhaber seiner Braut mit, daß nach Angabe eines andern Mädchens die Waise ihm die Treue nicht halte, er daher das Verhältniß löse. Montagnachmittag riegelte sich das junge Mädchen in Abwesenheit der Wirtin in seiner Stube ein und leerte den vergifteten Inhalt einer Cognackflasche. Dann schrie es stürzartig um Hilfe und brach auf dem Sofa zusammen. Der Hausbesitzer rief die Polizei. Ein Schlosser mußte die Wohnung und die Zimmerthür öffnen. Man fand die Waise in sehr bedenklichen Zustande vor und ließ sie in einem Rädchen Rettungswagen nach einem Krankenhaus bringen.

Zwei schwere Unfälle von Radfahrern haben sich gestern und heute zugezogen. Am Montagmittag wollte der 24jährige Depeschbote Emil Pfister aus der Chornerstr. 31, der auf dem Haupt-

